



**Augsburger Universitätsreden 41**

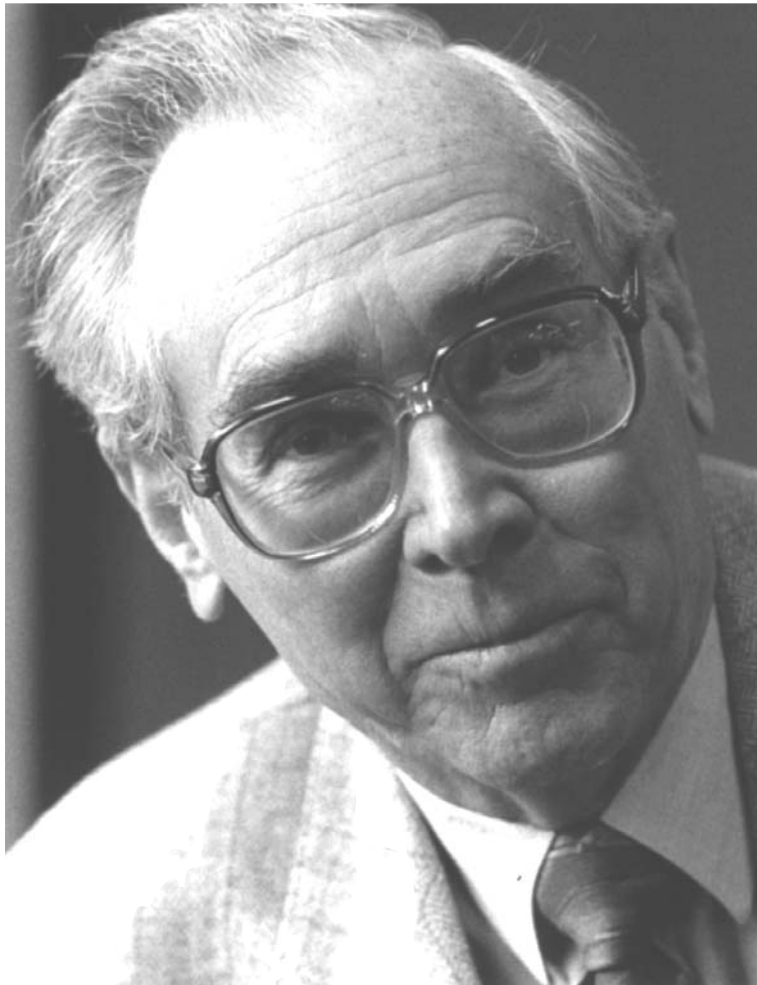
# **Wirtschaftswissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung**

**Zum 70. Geburtstag  
von Prof. em. Dr. Heinz Lampert**

# Augsburger Universitätsreden 41

Herausgegeben vom Rektor der Universität Augsburg

ISSN 0939-7604



Prof. em. Dr. Heinz Lampert

**Wirtschaftswissenschaft  
in gesellschaftlicher Verantwortung**

Ansprachen und Vorträge  
anlässlich eines Symposiums zum 70. Geburtstag  
von Prof. em. Dr. Heinz Lampert  
am 11. Juli 2000

Augsburg 2001

# Inhaltsverzeichnis

## **Grußworte**

Prorektor Prof. Dr. Dr. h. c. (Osijek) Gunther Gottlieb	7
Dekan Prof. Dr. Oswald Neuberger	9
Prof. Dr. Peter Welzel	13
Prof. Dr. Peter Michaelis	15

## **Laudatio**

Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz	17
-----------------------------	----

## **Die ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft**

Festvortrag von Prof. Dr. Dr. h. c. Gernot Gutmann	27
---	----

## **Sozioökonomie – Idee und Wirklichkeit. Reminiszenzen und Reflexionen**

Vortrag von Prof. em. Dr. Heinz Lampert	49
---	----

## **Grußwort**

Prof. Dr. Dr. h.c. (Osijek) Gunther Gottlieb  
Prorektor der Universität Augsburg

Herr Dekan, meine Damen und Herren,  
verehrter, lieber Herr Lampert,

Redekunst gilt bei uns in Deutschland wenig in unserer Zeit! Zwar werden viele Reden gehalten; aber Form und Sprache der Rede werden nicht gepflegt. Selbst jene geisteswissenschaftlichen Fächer, die sich mit Geschichte und Struktur der Sprache sowie mit Literatur beschäftigen, üben weder Rede noch Redekunst.

Warum sage ich das an dieser Stelle und aus diesem Anlass? Sie mögen das als Entschuldigung für die Einfachheit und Schmucklosigkeit meines Grußwortes nehmen, das ich im Namen der Universität Augsburg und insbesondere im Namen von deren Rektor, Prof. Dr. Wilfried Bottke, der Festversammlung und dem Jubilar entbiete!

Versetzen wir uns in die Zeit der Römischen Republik oder der Römischen Kaiserzeit, 1500/2000 Jahre zurück! Stellen Sie sich vor, ich hätte als Mitglied des römischen Senates die ehrenvolle Aufgabe, einen bedeutenden Repräsentanten des Senatorenstandes zu würdigen!

Ich priese schon in der Begrüßung die Verdienste des Jubilars um die Universität Augsburg und um deren Ansehen nach außen;

ich höbe die zahlreichen Aktivitäten hervor, die den Jubilar über die Universität Augsburg hinaus bekannt gemacht haben;

ich würdigte die Hochachtung, die sich der Jubilar erworben hat;

ich schwärmte von der großen Schar weltweit lebender Menschen, die den zu Ehrenden zwar nicht persönlich kennen gelernt haben, zu denen aber sein Ruf als akademischer Lehrer und Forscher gedrungen ist;

ich huldigte der Schülerschar der Diplomierten und Promovierten, die Heinz Lampert ihr Können verdanken;

ich bejubelte den geschätzten Kollegen und Partner im Einsatz für die Belange unserer alma mater!

Ich freue mich, dass ich an dieser Stelle für die Universität begrüßen darf. Es ist mir Freude und Ehre, Ihnen, verehrter, lieber Herr Lampert, für die gesamte Universität gratulieren zu dürfen, kennen wir uns doch seit vielen Jahren und haben wir doch manche Aktivität in der Gemeinschaft mit anderen Kolleginnen und Kollegen mitgetragen. Die Fiktion, die Sie eben hörten, war ein Spiel. Für Spiele lassen wir uns von der Wirklichkeit inspirieren. Die Wirklichkeit ist eröffnet: Wir freuen uns auf Grußworte, Laudatio und Vorträge!

## Grußwort

Prof. Dr. Oswald Neuberger  
Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

Sehr verehrter, lieber Herr Lampert,  
sehr geehrte Festgäste!

Lieber Jubilar, ich darf Ihnen im Namen der Fakultät herzliche Glückwünsche zum 70. Geburtstag überbringen. Denen, die diese Feier organisiert haben, denen, die sie durch wissenschaftliche Beiträge bereichern, und denen, die sie durch ihre Anwesenheit beehren, sage ich meinen herzlichen Dank.

Dieser Tag ist eine Gelegenheit zum Rückblick – den Herr Kollege Kleinhenz und Sie selbst vornehmen werden – und zum Ausblick.

Ich möchte kurz aus meiner Sicht die Entwicklung skizzieren, die die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät seit der Zeit Ihrer aktiven Mitgliedschaft durchgemacht hat. Die Fakultät hat sich, ebenso wie die Universität, sehr geändert (ich erwähne nur die Einrichtung eines Hochschulrats!). Die von unseren Rektoren begrüßte und geförderte High-Tech-Offensive baut die Universität Augsburg u. a. als Kompetenzzentrum 'Informatik' aus; das Danaergeschenk der Anschubfinanzierung übt einen erheblichen Umstrukturierungsdruck aus.

In Einlösung von Planungsentscheidungen, die frühere Rektoren getroffen haben, muss die Universität insgesamt allein für Informatik und Wirtschaftsinformatik an die 30 Planstellen umwidmen. Das führte und führt zu heftigen kontroversen Diskussionen nicht nur in unserer Fakultät; auch wir werden einen Beitrag zur Ausstattung dieser Lehrstühle leisten müssen, wenn die 5-jährige Anschubfinanzierung ausgelaufen ist.

Unabhängig davon hatte sich das Institut für VWL bereits früher entschlossen, sich neu zu positionieren; es hat als Nachfolger auf Ihren Lehrstuhl mit Herrn Kollegen Michaelis einen Fachmann für Umwelt- und Ressourcenökonomie gewonnen.

Kurz bevor die skizzierte Umwidmungsproblematik virulent wurde, waren wir – wie auch die anderen bayerischen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten – im Auftrag des Kultusministers von einer externen Kommission evaluiert worden. Als für uns wichtigstes Ergebnis riet die Evaluationskommission dem Minister, den Studiengang ‚Ökonomie‘ neu zu ordnen und die Studienrichtung ‚Sozioökonomie‘ abzuschaffen. Trotz der Proteste der Fakultät und des damaligen Rektors Blum hielt der Minister an dieser Absicht fest. Fachbereichsrat und Senat haben daraufhin in diesem Semester einstimmig beschlossen, einen zentralen Teil des Gründungskonzepts der Augsburger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät aufzugeben und den Studiengang ‚Ökonomie‘ in einen Studiengang ‚Volkswirtschaftslehre‘ (mit Abschluss Dipl. VolkswirtIn) umzugestalten und keine neuen Zulassungen für die Studienrichtung ‚Sozioökonomie‘ mehr auszusprechen.

Damit gibt es an der WiSo-Fakultät nur noch zwei explizit sozialwissenschaftliche Lehrstühle, über deren langfristige Zukunft noch entschieden werden muss.

Das bedeutet insgesamt für die von Ihnen mit so viel Engagement betriebene sozialpolitische Akzentsetzung einen Rückschlag, was die institutionelle Verankerung angeht. Um so wichtiger ist es, immer wieder deutlich zu machen, dass wirtschaftliche Entscheidungen ohne das gesellschaftliche Fundament, das sie voraussetzen, und ohne die Verantwortung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft nicht optimal getroffen werden können.

Die Idee der Sozioökonomie ist großartig und auch heute noch modern (genauso wie die Idee der Sozialen Marktwirtschaft durch den vermeintlichen Siegeszug des so genannten Turbokapitalismus nicht invalidiert wird). Aber es ist uns – damit meine

ich die Fakultät und v. a. das Institut für Sozioökonomie – nicht gelungen, diese Idee den neuen Entwicklungen und Herausforderungen anzupassen. Ein unübersehbares Zeichen war, dass das studentische Interesse an den Veranstaltungen der Sozioökonomie drastisch zurück gegangen ist. Wir haben es nicht vermocht, dieses deutliche Zeichen als Anstoß für eine Erneuerung zu nehmen. Es war nicht genügend Entschlossenheit und Solidarität da, rechtzeitig für die Idee zu kämpfen. Wir haben die Studierenden die Integration leisten lassen: sie konnten aus einem reichen Angebot ihr Menü komponieren, aber zu einer interdisziplinären Zusammenarbeit der Institute, der Fakultät und auch der Lehrstühle innerhalb des Sozioökonomie-Instituts ist es nur vereinzelt gekommen. Das Ergebnis ist zu besichtigen.

Geht man von der zyklischen Wiederkehr ideologischer und wissenschaftlicher Moden aus, dann ist in einigen Jahren mit der Renaissance gesellschaftlicher Fragestellungen zu rechnen. Ich zitiere aus der heutigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung:

„Und auch Hans Ulrich Buhl von der Augsburger Universität ahnt, dass derzeit noch sprudelnde Förderquellen bald wieder versiegen könnten. Natürlich sei 'die Versuchung groß nach dem Motto ‚quick and dirty‘ in Windeseile neue Angebote zu zimmern' und erst bei laufendem Betrieb für den fachlichen Unterbau zu sorgen.“ (SZ 11.7.00, S. V2/14)

Vielleicht ist die Zeit in der neoliberalen Diaspora nötig, um zu reflektieren, welche neue Antworten auf die aktuellen und erwartbaren Probleme gegeben werden können. Die heutigen Vorträge erlebe ich als Mosaiksteine für ein solches Zukunftsprogramm.

Nachdem die historische Chance einer institutionell verankerten Programmatik verschenkt worden ist, wird es unendlich viel mühsamer werden, die Studierenden mit sozioökonomischem Denken vertraut zu machen. Dies wird nun eine Aufgabe sein, die von einzelnen, vereinzelt wahrgenommen werden muss.

Es fehlt uns die Voraussicht zu wissen, wie sich die Dinge entwickeln werden, aber ich bin zuversichtlich, dass mit wachsendem Problemdruck auch bei uns wieder Versuche unternommen werden, disziplinäre Einkapselungen in vermeintlich 'reine' Sozialwissenschaften auf der einen und 'reine' Wirtschaftswissenschaften auf der anderen Seite zu Gunsten einer gegenseitigen Annäherung und Anerkennung zu überwinden.

Ich bin überzeugt, dass Sie, Herr Lampert, mit der Ihnen eigenen Entschlossenheit, Grundsatztreue und Langsicht nicht müde werden, nach wie vor für das Konzept einer sozial verantworteten und verpflichteten Ökonomie zu kämpfen. Sie haben dafür in der Fakultät und in der Universität nur noch wenige Mitstreiter.

Ich habe gelernt, dass man Sozioökonomie nicht herbeireden und niemandem einreden kann. Aber anders kann ein Wissenschaftler nicht vorgehen. Wir haben keine Chance (mehr), also nutzen wir sie!

Sie können mit Stolz auf ein reiches und hoch respektiertes Lebenswerk zurück blicken, das, wie uns Ihre jüngsten Aktivitäten und Vorhaben belehren, längst noch nicht abgeschlossen ist.

Ich wünsche Ihnen für die Vollendung Ihrer Arbeit – und ein kleines Bisschen auch uns – alles Gute!

## Grußwort

Prof. Dr. Peter Welzel  
Geschäftsführender Direktor des Instituts für Volkswirtschaftslehre

Sehr verehrte Frau Lampert, lieber Herr Lampert,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auf dem Programm des heutigen Symposions stehen vier Begrüßungsansprachen und drei Vorträge. Damit dies nicht zu einem Missverhältnis wird, will ich mich sehr kurz fassen:

Ich danke zunächst denjenigen, die mit ihrem Einsatz die Grundlagen für das Gelingen dieser Feier geschaffen haben. Herr Gutmann als Gastvortragender und zwei Schüler, ein erfahrener, Herr Kleinhenz, der die Laudatio halten wird, und ein jüngerer, deswegen keineswegs unerfahrener, Herr Althammer, der effizient im Hintergrund die Organisation inne hatte. Zu danken ist auch der Lehrstuhlsekretärin des Nachfolgers von Herrn Lampert, Frau Schmid, deren hohes Engagement für diese Feier an ihre langjährige Vorgängerin, Frau König, die Sekretärin von Herrn Lampert, erinnert hat.

Ich möchte als nächstes Ihnen, lieber Herr Lampert, noch einmal im Namen des VWL-Instituts auf das Herzlichste zum Geburtstag gratulieren und Ihnen noch viele glückliche Jahre mit Ihrer Familie, aber auch mit Ihrer wissenschaftlichen Arbeit wünschen. Wenn die Volkswirtschaftslehre in Augsburg in diesen für das Fach nicht immer einfachen Zeiten vergleichsweise gut dasteht, dann ist das auch sehr stark Ihrem langjährigen Wirken in diesem Institut und dieser Fakultät zuzuschreiben. Ihre ruhige, sachliche und prinzipientreue Art hat im Umgang miteinander und mit den Studierenden Maßstäbe gesetzt, an die wir uns immer wieder erinnern sollten. Ihre wissenschaftliche Seriosität ist ein Vorbild in einer Zeit, in der die geforderte Orientierung an der Praxis und



an schnelllebigen Leistungskriterien manchmal sonderbare Ziel-funktionen hervorbringt.

Gestatten Sie mir, lieber Herr Lampert, dass ich Ihnen abschlie-ßend für das Institut für Volkswirtschaftslehre ein kleines Präsent überreiche. Es handelt sich um einen älteren Text zur Sozialpoli-tik, von dem das Gerücht geht, dass Sie ihn noch nicht in Ihrer Bib-liothek haben. Damit aber die Lektüre nicht allzu trocken wird, wollen wir dies mit einem guten Tropfen für die Entspannung da-nach verbinden. Ihnen, verehrte Frau Lampert, darf ich an diesem Tag, an dem sich scheinbar alles um Ihren Mann dreht, ebenfalls ein kleines Präsent überreichen, das gegenüber einem Blumen-strauß den Vorteil der leichten Transportierbarkeit besitzt.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerk-samkeit und wünsche uns allen einen interessanten Nachmittag.

## Grußwort

Prof. Dr. Peter Michaelis  
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre  
mit dem Studienschwerpunkt Umwelt- und Ressourcenökonomie

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
lieber Herr Lampert,

vor etwas über einem Jahr habe ich Ihre Nachfolge auf den Lehr-stuhl für Volkswirtschaftslehre hier an der Universität Augsburg angetreten. Dieser Lehrstuhl war durch Ihre wissenschaftliche Arbeit und Ihr gesellschaftspolitisches Engagement weit über die Region hinaus bekannt und hat den Ruf der Universität Augs-burg maßgeblich beeinflusst und wesentlich mitgeprägt. Deshalb war und ist es für mich eine besondere Ehre, aber auch eine He-rausforderung, Ihre Lehrstuhlnachfolge anzutreten.

Mir ist natürlich ebenfalls bekannt, Herr Lampert, dass die in-haltliche Neuausrichtung des Lehrstuhls durch die Fakultät Sie betroffen gemacht hat. Ich kann das gut nachvollziehen. Jeder von uns, der sich dem wissenschaftlichen Arbeiten verschrieben hat, weiß, wie sehr man auch persönlich an den Inhalten hängt, die man in Forschung und Lehre vertritt. Man vertritt sie ja nicht nur nach außen hin, sondern auch innerlich. Und gerade Sie, Herr Lampert, sind dafür bekannt, dass Sie die Sozialpolitik nicht nur mit kühlem Verstand, sondern auch mit „heißem Herzen“ betrie-ben haben. Ihre langjährige Tätigkeit in verschiedenen politischen Beratungsgremien und Ihre Kommentierung der aktuellen Sozial-politik in Zeitungsartikeln, im Rundfunk und in Fernsehinter-views zeigen das ganz deutlich.

Rückblickend und mit etwas zeitlichem Abstand meine ich aber doch, dass die Entscheidung der Fakultät begründet war. Die Auf-wertung Augsburgs zum bayerischen Umweltkompetenzzentrum,

die Ansiedlung des Instituts für Abfallforschung und des Landesamtes für Umweltschutz – letzteres in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Universität – macht es natürlich notwendig, dass auch wir an der Universität unseren Beitrag zu dieser neuen Schwerpunktsetzung leisten. Das erfordert der Auftrag, den die Gesellschaft an die Hochschulen stellt.

Und obwohl wir unterschiedliche Fachgebiete vertreten, ist eine Gemeinsamkeit in der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Arbeit doch unverkennbar. Beide Disziplinen, Sozialpolitik wie Umweltökonomie, gehen der Frage nach, welche Regeln der Marktwirtschaft auferlegt werden müssen, damit das Ergebnis des marktwirtschaftlichen Prozesses den von der Gesellschaft gesetzten Zielen entspricht. Wir alle wissen ja, dass der Markt nicht von selbst gesellschaftlich optimale Ergebnisse hervorbringt – hier ist ein Eingreifen staatlicher Wirtschaftspolitik nötig. Die Politik braucht ihrerseits wiederum theoretische Fundierung und Beratung aus der Wirtschaft, die Sie für den Bereich des Sozialen geleistet haben und die ich für die Umweltpolitik leisten möchte.

Man kann diesen Gedanken auch in der Semantik der Ordnungstheorie fassen: Beide Disziplinen, Umweltökonomik wie Sozialpolitik, sind mit der Erarbeitung und Ausformulierung dessen befasst, was Walter Eucken einst als „umfassende Wirtschaftsrechnung“ bezeichnet hat – die Sozialpolitik mit den sozialen, die Umweltökonomie mit den ökologischen Kosten des marktwirtschaftlichen Prozesses.

Im letzten Band der interdisziplinären gesellschaftspolitischen Gespräche an der Universität Augsburg haben Sie dargelegt, dass die Sozialpolitik auch eine Politik zum Schutz der Grundlagen menschlichen Lebens ist. Ich meine hier wird ganz deutlich, dass beide Wissenschaftszweige, Sozialpolitik und Umweltökonomie, ein gemeinsames Anliegen verbindet: die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Lebensgrundlagen heutiger und kommender Generationen. In diesem Sinn wird die Arbeit, die Sie in Augsburg so lange und so erfolgreich geleistet haben, auch in Zukunft fortgeführt werden.

## Laudatio

Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz

Verehrter Herr Prorektor,  
Spektabilis,  
verehrte Damen, meine Herren,

es ist für mich eine besondere Ehre und persönliche Freude, heute die Laudatio in dieser akademischen Feier anlässlich des 70. Geburtstages von Heinz Lampert halten zu dürfen: Eine besondere Ehre ist es, in einer akademischen Feier der Fakultät zu sprechen, die mich vor vielen Jahren habilitierte. Eine persönliche Freude ist es, die Laudatio für meinen Lehrer Heinz Lampert halten zu können, mit dem mich – wenn ich das einmal einfach so sagen darf – heute eine Freundschaft verbindet.

Es ist für mich aber in gewisser Weise auch eine Bürde, in einem engen Zeitrahmen das dem akademischen Leben von Heinz Lampert Angemessene auszuwählen und zu beleuchten. Dies wird wohl nur subjektiv und nur schlaglichtartig möglich sein.

### **Ganz wenige Punkte aus der privaten Vita von Heinz Lampert**

Heinz Lampert wurde am 21. März 1930 in Nürnberg geboren, wo er auch über die Kriegszeit hinweg Schule und Gymnasium besuchte und die Zeit des Studiums von 1950 bis 1954 verbrachte. (Anhänger des leider lange nicht mehr so rühmlichen 1. FC Nürnberg ist er noch immer).

Der Verlust des Vaters, der 1941 in Tobruck gefallen ist, die einfachen Herkunftsverhältnisse und die Nachkriegszeit hatten Heinz Lampert Erfahrungen über die Schwere der Sicherung des Lebensunterhalts vermittelt, die zwar dann 1953 durch die Aufnah-

me in die Studienstiftung des Deutschen Volkes gemildert wurden, aber doch prägende Wirkung gehabt haben dürften.

Die Ehe mit seiner Frau Marlene und die mit Kindern („Hans“ und „Gabi“) immer verbundene Mischung aus Glück und Sorge bis hin zu der dann reinen Freude an den Enkeln bilden den stabilisierenden Rahmen, die persönliche Verortung und menschliche Erfüllung an der Grenze, ohne die auch das Leben des Wissenschaftlers Heinz Lampert nicht erfasst werden könnte.

### **Heinz Lamperts wissenschaftlicher Werdegang**

*„Das akademische Leben ist (also) ein wilder Hasard“*

Seine Promotion zum Dr. rerum politicarum hatte Heinz Lampert bei Georg Weippert an der Universität Erlangen durch eine Arbeit zum Thema „Strukturwandlungen des deutschen Einzelhandels“ erlangt.

Als Assistent des geschäftsführenden Vorsitzenden der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Bayern e. V. in München suchte er bald Kontakt zur Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität München, wo er in Bernhard Pfister, Schüler und Freund Walter Euckens, einen Hochschullehrer fand, der nicht nur im Rahmen einer „Schule“ dachte (wie dies leider auch in der Wissenschaft verbreitet war und auch heute so ist). Pfister gab dem von Weippert kommenden jungen Wissenschaftler an der Universität München eine Chance zur Habilitation. Die Venia Legendi für Volkswirtschaftslehre erlangte Heinz Lampert im Herbst 1962 mit der Arbeit „Die Lohnstruktur der Industrie – ein Beitrag zu einer Theorie der Lohnstruktur“.

Heinz Lampert gehörte damit zu einer noch überschaubaren Gruppe von Hochschullehrernachwuchs der Münchner staatswissenschaftlichen Fakultät, die durch ein vielleicht in seiner Pluralität besonders fruchtbares Milieu zwischen den Münchner Professoren, wie z. B. Erich Preiser, Horst Jecht, Friedrich Lütge, Hans Möller und Bernhard Pfister, geprägt war. In der Folgezeit haben diese Münchner Privatdozenten (ich nenne neben Heinz

Lampert nur Uta Gruber, Alfred E. Ott, Knut Borchardt, Alois Oberhauser und Hans Fecher) als Ordinarien die Entwicklung vieler (auch neu gegründeter) Fakultäten mitbestimmt

Die Zeit der voll-eigenständigen Hochschullehrertätigkeit begann für den Jubilar im WS 1964/65 an der Technischen Universität Berlin, auf einem Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschafts- und Sozialpolitik, der damals dort neu aufgebauten Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. (Als Absolvent des Examensjahrgangs vom Herbst 1964 wurde mir von Heinz Lampert eine Assistentenstelle an diesem Lehrstuhl angeboten.)

Der Aufbau des Studiengangs Volkswirtschaftslehre, aber auch die Ausbildung der Wirtschaftsingenieure waren eine große Herausforderung für die neuen berufenen Kollegen von Heinz Lampert, Frau Eva Bössmann, Peter Bernholz und Kurt Schmidt. (Den Weggang dieses Teams – zuletzt von Heinz Lampert im Herbst 1969 – hat die Fakultät der TU leider erst im Laufe der Zeit verkräftet).

In die „Berliner Zeit“ von Heinz Lampert, die auch durch die Unruhen an den Westberliner Hochschulen und die Entstehung der „Generation der 68er“ geprägt war, fiel auch sein Kontakt zur kommunalwissenschaftlichen Forschung durch die Leitung der Forschungsstelle für kommunale Wirtschaft, wo er Wolfgang Roth als Assistent hatte, heute Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank. Ein Gastaufenthalt am Massachusetts Institute of Technology (MIT) im Wintersemester 1967/68 vermittelte ihm früh die (notwendige) Erfahrung für die in der Folgezeit immer stärker um sich greifende Amerikanisierung des deutschen Universitätslebens (vgl. analog schon Max Weber).

Nach Ablehnung eines Rufes auf den Achinger-Lehrstuhl in Frankfurt wechselte Lampert zum WS 1969/70 an die Universität zu Köln, eine der deutschen „Hochburgen“ der Wissenschaft von der Sozialpolitik, wo er in der Nachfolge Gerhard Weissers neben Wilfrid Schreiber die Seminare und Forschungsinstitute für Sozialpolitik und Genossenschaftswesen leitete. Mit zusätzlicher Forschung und Lehre im Genossenschaftswesen hatte Heinz

Lampert in Köln ein Maß an Universalität im Bereich der „Gesamten Staatswissenschaften“ erreicht, wie es nur sein Vorgänger, aber kaum mehr einer seiner Generation, geschweige denn deren Schüler erreicht haben.

So ausgestattet war der Jubilar im Wintersemester 1973/74 hierher an die 1972 gegründete Universität Augsburg gekommen. Trotz weiterer verlockender Rufe blieb er der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg bis zu seiner Emeritierung 1995 treu. Neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat Lampert hier vielfältige Aufgaben in der akademischen Selbstverwaltung und bei der Verankerung der Universität in der Region Augsburg übernommen. Ich möchte nur die Rolle als Sprecher der DFG-Forschergruppe zur Strukturanalyse und das Amt des Vizepräsidenten (1974-77) sowie die Mitbegründung und wissenschaftliche Leitung einer Reihe der seit 1975 jährlich stattfindenden „Augsburger Konjunkturgespräche“ erwähnen.

### **Heinz Lampert als Forscher**

*"Persönlichkeit auf wissenschaftlichem Gebiet hat nur der, der rein der Sache dient" (Betonung im Original)*

Das Lebenswerk von Heinz Lampert als Forscher hat sich in einer kaum vorstellbaren großen Zahl von Veröffentlichungen niedergeschlagen. Die von mir zu Heinz Lamperts 65. Geburtstag herausgegebene Festschrift „Soziale Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft“ enthält ein Verzeichnis seiner Veröffentlichungen. Mit diesem Titel sollte auch sein zentrales erkenntnisleitendes Interesse im Rahmen der Wissenschaft von der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschrieben werden: Die Vervollkommnung und Verwirklichung der Konzeption einer wirklich „Sozialen Marktwirtschaft“. Seine „Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland“ ist die einzige wissenschaftlich fundierte, wenn auch eher für Alle gedachte Darstellung der Konzeption und Ausgestaltung unserer Wirtschaftsforschung. Sie hätte m. E. zur Pflichtlektüre zunächst der Lehrer, dann in Schulen und Volksbildung nach der Wende in Ostdeutschland werden sollen.

Heinz Lamperts „Lehrbuch der Sozialpolitik“, eine Gesamtdarstellung des sozialpolitikwissenschaftlichen Wissens, ist nun schon in der 5. Auflage erschienen. Es verbindet eine historische Darstellung und Analyse der gegebenen Institutionen mit einer empirisch-theoretisch begründeten „Kunstlehre“ von den Handlungsmöglichkeiten von Sozialpolitik in unterschiedlich ausgerichteten Wirtschaftssystemen. Die zusammen mit Josef Englberger, der leider viel zu früh verstorben ist, und Ulrich Schüle erstellte Studie „Ordnungs- und prozesspolitische Probleme der Arbeitsmarktpolitik“ kann auch als Lehrbuch der Arbeitsmarktpolitik eingestuft werden.

Dass Heinz Lampert die zusätzlichen Herausforderungen, die historisch mit den von ihm eingenommenen Lehrstühlen verbunden waren, immer als neue Herausforderung voll aufgenommen hat, vermittelte ihm den Überblick, der ihn z. B. zu Aufgaben wie der Mitherausgabe des „Handwörterbuchs der Wirtschaftswissenschaft“ oder als Mitherausgeber der „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ geradezu prädestinierte. Mit diesem Hintergrund wurde er auch zu einem der prägenden Mitglieder des von ihm 1968 mitbegründeten Ausschusses für Sozialpolitik, der die inhaltliche Ausrichtung der „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Verein für Socialpolitik e. V.“ lebendig erhalten hat – wie Horst Sanmann bei der Feier zum 65. Geburtstag von Heinz Lampert eindrucksvoll dokumentiert hat.

### **Heinz Lampert als Lehrer**

*"Wissenschaftliche Schulung aber, wie wir sie nach der Tradition der deutschen Universitäten an diesen betreiben sollen, ist eine geistesaristokratische Angelegenheit ... die Darlegung wissenschaftlicher Probleme so, dass ein ungeschulter, aber aufnahmefähiger Kopf sie versteht, und dass er – was für uns das allein Entscheidende ist – zum selbständigen Denken darüber gelangt, ist vielleicht die pädagogisch schwierigste Aufgabe von allen."*

Die Bedeutung eines Wissenschaftlers als Hochschullehrer ist weit schwieriger darzustellen als seine weitgehend in Veröffentlichungen niedergelegten Ergebnisse der Forschung. Die „Lehre“

umfasst dabei zudem weit mehr als nur die Gestaltung der Lehrveranstaltungen – die Betreuung von Doktoranden und Assistenten, die Begleitung von Schülern zur Habilitation.

Meine Erfahrungen als Zeitzeuge beschränken sich hier überwiegend auf die Kölner Zeit von Heinz Lampert. Heinz Lampert, dem damals Vertreter der Studentenschaft geschrieben hatten, er solle doch besser auf die Annahme des Rufes nach Köln verzichten, überzeugte doch schnell durch sein umfassendes und forderndes Lehrangebot und durch die Auswahl der „relevanten“ Themen. In letzter Zeit traf ich einige unserer damaligen Studenten, die inzwischen selbst Wissenschaftler oder Institutsleiter sind und nach so langer Zeit noch voller Respekt von diesem Hochschullehrer sprechen. Nur wenige Ökonomen konnten, wie Kölner Studenten Lamperts, z. B. nach der Wende auf ein Wissen über die DDR aus Vorlesungen und Seminaren zurückgreifen – es hätte das „Zusammenwachsen dessen, was zusammengehört“ sicher begünstigen können.

Heinz Lampert hat nur wenige Schüler im universitären Bereich. Dr. Dietrich Schönwitz, sein langjähriger Mitarbeiter hier am Lehrstuhl, ist, denke ich, als Rektor der Fachhochschule der Bundesbank mitzuzählen. Wenn ich auf Privatdozent Dr. Jörg Althammer schaue, der zur Zeit Lehrstuhlvertreter in Passau ist, bin ich mir dennoch sicher, dass man Heinz Lampert auch als Lehrvater junger Hochschullehrer in Erinnerung behalten wird.

Vielleicht lag es daran, dass Heinz Lampert so hohe Ansprüche an sich selbst stellte, dass man kaum annehmen konnte, diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Eher dürfte es wohl daran gelegen haben, dass Lampert nur der Sache selbst diene und nicht nach „Gefolgschaft“ strebte, oder daran, dass der Zufall (Hasard) die Bedingungen so arrangierte. Als wirklich liberalem Lehrer war ihm auch der „Eigensinn“ seines Schülers Kleinhenz jedenfalls nichts, was er zu unterdrücken versucht hätte: ich denke hier daran, dass es den Kollegen an der Universität zu Köln natürlich nicht gefallen konnte, dass ein mit den Stimmen der Studenten und Wissenschaftlichen Mitarbeiter gewählter Assistent von Herrn Lampert Vorsitzender des (später aufgelösten) Satzungs-

konvents wurde. (Ich selbst denke allerdings, meinerseits auch damals schon mit meinen Entscheidungen konsequent der wissenschaftlichen Sache gedient zu haben.)

### **Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung**

*"Vorausgesetzt ist bei jeder wissenschaftlichen Arbeit immer die Geltung der Regeln der Logik und Methodik. Vorausgesetzt ist ferner: dass das, was bei wissenschaftlicher Arbeit herauskommt, wichtig im Sinn von „wissenswert“ sei. Und da stecken nun offenbar alle unsere Probleme darin. Denn diese Voraussetzung ist nicht wieder ihrerseits mit den Mitteln der Wissenschaft beweisbar. Sie lässt sich nur auf ihren letzten Sinn deuten, den man dann ablehnen oder annehmen muss, je nach der eigenen letzten Stellungnahme zum Leben."*

Wissen eröffnet Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten. Man kann deren Entdeckung und Ausschöpfung allein der gesellschaftlichen Praxis überlassen. Man kann als Wissenschaftler aber auch selbst die Verantwortung verspüren, in die ja oft ungeheuer große Lücke zwischen „Theorie und Praxis“ als Vermittler einzuspringen. Kollegen, die einen anwendungsorientierten Zweig unserer Wissenschaft wählen, sehen sich wohl in der Regel auch in dieser Verantwortung als „politische Menschen“.

Mir ist kein älterer Kollege in der Sozialpolitikwissenschaft bekannt, bei dem zunächst die arbeitsteilige Ausrichtung und dann auch die ausgewählten Themen nicht auch diesem persönlichen Engagement entspringen. Wer diese Verantwortung aufnimmt, sieht sich meist vor besonders großen Herausforderungen, die durch die von mir angedeutete Größe und Komplexität der „Lücke“ bestimmt sind und die daher auch besonders sensibler Brückenbauer oder Vermittler bedürfen.

Leider scheinen die wissenschaftssoziologischen Rahmenbedingungen in der Konkurrenz um die knappen Lehrstühle und Forschungsmittel „jüngere“ Wissenschaftler immer häufiger dazu zu verführen, aus dem elfenbeinernen Turm heraus schnell und medienwirksam Empfehlungen vom ökonomisch-theoretischen

Standpunkt aus abzugeben, die angesichts der Lücke zwischen „Theorie und Praxis“ und angesichts der historischen Bedingungen der betroffenen Menschen geradezu „unverantwortlich“ erscheinen.

Von Zeit zu Zeit dürfte jede Wissenschaft eine Methoden- und Ethos-Diskussion benötigen, auch wenn dabei keine neuen Erkenntnisse vermittelt, sondern nur die Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft „neu“ bewusst gemacht werden. In den Wirtschaftswissenschaften ist es m. E. hierfür an der Zeit.

Bei Heinz Lampert hat diese „gesellschaftliche Verantwortlichkeit“ nicht nur zur Mitgliedschaft in zahlreichen hochrangigen Sachverständigenkommissionen und Beratergremien geführt. Ich nenne hier nur die langjährige Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie in der Kommission für Arbeit und Soziales der Deutschen Bischofskonferenz. Für seine Verdienste auf diesem Feld ist ihm auch das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden.

Die Konzentration auf Fragestellungen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lebenslage gesellschaftlich schwacher Gruppen bzw. gesellschaftlich vernachlässigter Probleme hat auch den Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit bestimmt. Insbesondere in den letzten Jahren geht es ihm dabei vor allem um die Situation der Familien und die Möglichkeiten einer unseren Verfassungsgeboten gemäßen Familienpolitik.

Diese Einstellung hat Heinz Lamperts Reflexion über gesellschaftspolitische Leitbilder und Ziele geprägt, wo ihm Freiheit nicht nur in der formalen Freiheit und Gerechtigkeit, nicht nur in der Gleichheit vor dem Gesetz erfüllt erscheinen, sondern auch eine Ausgleicheung der Startchancen und ein sozialkulturell angemessenes Maß der Bedarfsgerechtigkeit wichtig ist.

Das gesellschaftliche Engagement hat Heinz Lampert auch zu einem leider oft einsamen „Rufer in der Wüste“ werden lassen,

wenn in der Standortdebatte und in der Diskussion über Sozialstaatskrise und Sozialstaatsreform der Chor des mainstreams der Ökonomen der Öffentlichkeit und der Politik allzu oft „unisono“ Empfehlungen nach der Art gegeben hat, doch möglichst schnell und zügig „das Kind mit dem Bade auszuschütten“.

Ich teile mit Heinz Lampert uneingeschränkt die Sorge, dass in der öffentlichen Meinungsbildung und in einer mit der Last der Vereinigung unter strengen Konsolidierungszwang geratenen Politik, die sich zunehmend einem globalen Wettbewerbsdruck auf die Ordnungssysteme ausgesetzt sieht, das Modell einer „idealen Ordnung“, wie es die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt haben, allzu schnell, aber auch unwiederbringlich verloren gehen kann. Diese Befürchtung betrifft auch die im sozialpolitischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik in einem Memorandum bei den Kulturministerien angemahnte Sicherung ausreichender Einrichtungen und Ressourcen für eine sozialpolitischwissenschaftliche Forschung und Lehre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Zitate, die ich in dieser Laudatio zwar kenntlich gemacht, aber in ganz unwissenschaftlicher Weise keinem Autor zugeordnet habe, habe ich dem Vortragstext von Max Weber „Wissenschaft als Beruf“ aus dem Jahre 1919 entnommen, weil ich glaube, dass Heinz Lampert den wissenschaftstheoretisch begründeten Forderungen Max Webers an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und dem hohen Berufsethos, das Max Weber in diesem Text skizzierte, in seinem Wissenschaftlerleben in ganz hohem Maße gerecht geworden ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Der Jubilar Prof. em. Dr. Heinz Lampert  
zwischen Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz (links)  
und Prof. Dr. Dr. h. c. Gernot Gutmann

## Die ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft

Prof. Dr. Dr. h. c. Gernot Gutmann

Bei der mir vorgegebenen Formulierung des Vortragsthemas wird ganz offenbar von der Auffassung ausgegangen, dass Moral und Wirtschaft – und damit auch Ethik und Wirtschaftswissenschaft – etwas miteinander zu tun haben. Da ich Herrn Kollegen Lampert schon seit vielen Jahren kenne – und er natürlich auch mich -, wissen wir beide voneinander, dass wir diese Ansicht grundsätzlich teilen. Es wäre ja auch nur schwer verständlich, wenn einem Wirtschaftswissenschaftler und Sozialpolitiker wie Heinz Lampert, der sich in seinen Arbeiten ein Forscherleben lang mit Problemen der sozialpolitischen Gestaltung des Gemeinwesens generell und mit jenen, die im Rahmen unserer als Soziale Marktwirtschaft apostrophierten Wirtschaftsordnung im besonderen bestehen, intensiv beschäftigt hat, die Erkenntnis eines Zusammenhangs zwischen Moral und Wirtschaft verborgen geblieben wäre. Weil das so ist, habe ich auch keinerlei Chance, Herrn Lampert in meinem Referat hier etwas substantiell Neues bieten zu können. Es verbleibt mir daher lediglich, einige mit der Thematik verbundene Überlegungen, die schon mehrfach diskutiert wurden, noch einmal kurz zusammenzutragen und wieder ein wenig ins Gedächtnis zu rufen.

### I.

1. Lassen Sie mich mit der einfachen Feststellung beginnen, dass ein Zusammenhang zwischen Moral und Wirtschaft vom wissenschaftlichen Betrachter in zweifacher Weise in den Blick genommen werden kann:

- Zum einen kann man unmittelbar von der persönlichen Moralität der einzelnen Wirtschaftssubjekte – also der Konsumenten,

Produzenten, Steuerzahler, Einkommensbezieher, Kreditnehmer oder Sozialhilfeempfänger – ausgehen und nach den ökonomischen sowie den ökonomiefernen Auswirkungen ihrer durch Moral bzw. durch Amoral geleiteten Entscheidungen und Handlungen fragen;

- zum anderen kann man von dem Umstand ausgehen, dass das Handeln der einzelnen Wirtschaftssubjekte – sei es moralisch oder unmoralisch – und damit auch das Gesamtergebnis dieses Handelns weitgehend von jenen formellen und informellen Regeln oder Institutionen bestimmt wird, welche die Interaktionen der wirtschaftenden Menschen leiten und kanalisieren, also von der Wirtschaftsordnung, und fragen, wie der ethische Gehalt dieser Ordnung beschaffen ist, ob und wie sie moralisches Verhalten fördert oder blockiert. Eine solche Ordnung – oder: ein solches Regelsystem – ist ja in jeder arbeitsteiligen Großwirtschaft deshalb unerlässlich, weil diese Art von Wirtschaft durch anonyme Austauschprozesse, lange Produktionsumwege, hohe Komplexität und daher Unüberschaubarkeit für den Einzelnen und durch Interdependenz aller Einzelvorgänge gekennzeichnet ist und daher das Gesamtergebnis des Prozesses nicht nur vom Handeln des je einzelnen Wirtschaftssubjekts und dessen Moralität abhängt, sondern auch davon, was die jeweils anderen Wirtschaftssubjekte in bewusster oder unbewusster Reaktion auf dieses Handeln des Einzelnen tun oder unterlassen. Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Moral und Wirtschaft kommt daher Karl Homann zu seiner wirtschaftsethischen Grundthese, die da lautet: Der systematische – wenn auch nicht der einzige – Ort der Moral in der Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung.<sup>1</sup> Auch Wilhelm Röpke war schon der Auffassung, dass die moralische Bedeutung des Ordnungsrahmens, innerhalb dessen sich die Einzelnen im Wirtschaftsleben betätigen, mindestens so wichtig sei, wie die Frage des individuellen Verhaltens innerhalb dieses Rahmens.<sup>2</sup>

Mein Thema verlangt diesen zweiten Blickwinkel für den Zusammenhang zwischen Moral und Wirtschaft. Es geht um den ethischen Gehalt der Ordnung einer Sozialen Marktwirtschaft. Nun gibt es aber zumindest zwei verschiedene Möglichkeiten,

Moral und Wirtschaftsordnung bzw. Ethik und wirtschaftliche Ordnungstheorie/Ordnungspolitik miteinander zu verbinden, die freilich beide gewisse Gefahren in sich bergen. Lassen Sie mich, bevor ich zum Kern meines Themas komme, diese Vorfrage ein wenig thematisieren.

2. Zum einen kann man, insbesondere dann, wenn man primär an wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen im engeren Sinne interessiert ist, die ökonomische Bedeutung von Moral für die Wirtschaft untersuchen. Der Wunsch nach Moral in der Wirtschaft und moralischer Qualität der Wirtschaftsordnung wird dabei aus ihrer ökonomischen Nützlichkeit heraus begründet, sozusagen in ihrer Bedeutung als „Schmiermittel“ zur besseren Bewältigung ökonomischer Probleme. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der Wirtschaftswissenschaftler davon ausgeht, dass die Realität eines Wirtschaftssystems keineswegs dem Modell vollkommener Konkurrenz entspricht – in welchem alle Wirtschaftssubjekte unter vollkommener Information agieren und Transaktionskosten nicht entstehen -, sondern davon, dass bei unvollkommener Information und asymmetrischer Informationsverteilung Kosten aufgewendet werden müssen für die Gewinnung von Informationen, für den Abschluss von Verträgen und für die Durchsetzung der vereinbarten Vertragsinhalte. Alle Tauschhandlungen an Märkten, also Transaktionen zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Lieferanten und Beziehern, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Kreditnehmern und Kreditgebern sind nämlich in der Realität mit einem Moment der Unsicherheit und Unbestimmtheit, der undefiniertheit und Unkontrollierbarkeit behaftet. Deshalb kann hier moralisches Verhalten helfen, Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Partners zu bilden, mit der Konsequenz, dass sich Transaktionskosten einsparen lassen, was den realisierbaren Gesamtnutzen des Ressourceneinsatzes erhöht. So betrachtet verbessert Moral die wirtschaftliche Wohlfahrt einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft. Die Entstehung oder die gedankliche Konstruktion einer bestimmten Wirtschaftsordnung, also eines Systems von Regeln, welches so verstandenes moralisches Verhalten der Wirtschaftssubjekte fördert, ist dann ökonomisch gesehen als positiv zu beurteilen.



Betrachtet man jedoch das Verhältnis von Moral und Wirtschaftsordnung nur unter diesem Blickwinkel, dann ergeben sich erhebliche Probleme.

(1) Zum einen werden hier die faktisch geäußerten Präferenzen der Menschen in einer Gesellschaft, die sich – wohlfahrtstheoretisch formuliert – in einer bestimmten Schar gesellschaftlicher Indifferenzkurven ausdrücken, zur letzten Wertinstanz. Der methodologische Individualismus wird zum normativen. Der naturalistische Fehlschluss vom Sein auf das Sollen ist dabei unübersehbar. Dies gilt wohl auch für das wahl-individualistische Konzept einer modernen konsensorientierten Konstitutionenökonomik, die, wie es Viktor Vanberg ausdrückt, von einem normativen Individualismus ausgeht, „... für den die freiwillige Zustimmung der betroffenen Individuen die letztendliche Legitimationsquelle für alle sozialen Transaktionen und Arrangements darstellt...“<sup>43</sup> und der solchen Handlungen, die zwar einen paretooptimalen Zustand herbeiführen würden, denen aber nicht alle Betroffenen zustimmen, jegliche Legitimationskraft abspricht. Dies deshalb, weil nämlich bei einer solchen wohlfahrtstheoretischen Betrachtung insofern eine unzulässige Generalisierung vorliege, als die für die Markttheorie zentrale Annahme der individuellen Nutzenmaximierung unzulässigerweise als normatives Kriterium auf die Kollektivebene übertragen und so getan wird, als ob man die Gesellschaft als „Quasiperson“ betrachten könne, die einen überindividuellen Nutzen zu maximieren habe. Hier wird zwar nicht der kollektive Nutzen der Gesellschaft, jedoch die allgemeine Zustimmung und die dahinter stehenden individuellen Nutzen zum Rationalitätskriterium. Nun lässt sich aber meines Erachtens zumindest nicht prinzipiell ausschließen, dass auch eine allgemeine Zustimmung zu einem Regelsystem und den daraus hervorgehenden Handlungen zustande kommen kann, aus welchen solche Ergebnisse erwachsen, die unter diesem oder jenem ethischen Gesichtspunkt problematisch sind, obwohl sie allen Gesellschaftsmitgliedern – die aber immer nur unter begrenzter Information und niemals unter vollkommener Einsicht handeln – individuell nützlich zu sein scheinen. Darüber hinaus habe ich Zweifel, ob es z. B. dann, wenn es um besonders wertgeladene Fragen geht – wie etwa die der straffreien Abtreibung ungebore-

ner Kinder, die ihre Zustimmung zum oder Ablehnung des Regelsystems noch gar nicht zu artikulieren vermögen –, die eine Gesellschaft buchstäblich spalten können, in der Praxis überhaupt möglich sein kann, ein übergeordnetes Regelsystem zu finden, das im konstitutionellen Interesse aller Personen liegt und welchem demzufolge alle zustimmen werden.

(2) Zum zweiten wird bei der skizzierten Betrachtung des Verhältnisses von Moral und Wirtschaftsordnung die rein ökonomische Rationalitätsperspektive auf ethische Fragen angewendet, ohne dieses ökonomische Rationalitätsverständnis selbst hinsichtlich der ethischen Vernünftigkeit seines normativen Fundaments zu hinterfragen. Das Problem dabei ist, dass es in der Wirtschaftswissenschaft letztlich an einer nicht rein utilitaristischen Rationalitätsidee mangelt, die allgemein akzeptiert wird und von der aus ihre eigene ökonomische Rationalität überprüft und gegebenenfalls auch weiterentwickelt werden könnte.

Nimmt man das Verhältnis der beiden Wissenschaftsdisziplinen in den Blick, die mit dem Thema Moral und Wirtschaftsordnung umgehen müssen – nämlich Ethik und Wirtschaftswissenschaft – dann muss wohl die alleinige Frage nach der Nützlichkeit von Moral für die Effizienz von Wirtschaft vom Ethiker leicht und zu Recht als eine unangemessene Arroganz des Wirtschaftswissenschaftlers angesehen werden.

3. Nun kann man aber auch umgekehrt Ethik auf Wirtschaftswissenschaft – oder besser: Moral auf Wirtschaftsordnung – anwenden. Dabei wird Ethik als Hüterin der Moral begriffen, welche die ökonomischen Sachgesetzmäßigkeiten in bestimmte ethische Schranken verweisen will. Geht man unter diesem Gesichtswinkel an das Beziehungsverhältnis zwischen Moral und Wirtschaftsordnung heran, dann ergeben sich ebenfalls Probleme, vor allem die beiden folgenden:

(1) Es werden hier ethische Forderungen von außen her an eine Wirtschaftsordnung und an das ökonomische Handeln hergetragen, welches dem Ethiker zumindest sehr leicht als latent „unethisch“ erscheint. Es wird dabei vordergründig gegen die öko-

nomischen Rationalitätsansprüche eines modernen, leistungsfähigen Wirtschaftssystems argumentiert und dabei vergessen, dass Wirtschaft selbst bereits die ethische Qualität des Werteschaffens enthält. In diese Gefahr gerät leicht, wer – wenn vom Wettbewerb die Rede ist – nahezu reflexartig den Zeigefinger hebt und darauf hinweist, dass einer Gleichsetzung von Wettbewerbsordnung mit einer optimalen sozialen Ordnung nicht zugestimmt werden könne, weil entsprechend der Rangordnung der Werte nur jene Gesellschaftsordnung als übergreifender Gesamtzusammenhang zu akzeptieren sei, in welcher die Wettbewerbsordnung nicht nur ökonomisch gute Ergebnisse bewirkt, sondern auch noch bestimmte ihr – von welchen ethischen Positionen auch immer – zugewiesene andere Funktionen erfüllt.<sup>4</sup> Auch wer als Christ in direktem Rückgriff auf die Worte Jesu über das Sammeln der Schätze im Himmel, über das vorrangige Trachten nach dem Reiche Gottes oder über das Kamel, das eher durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher in den Himmel komme,<sup>5</sup> die Ideale der Armut und der Askese vertritt und den Vorbehalt pflegt, das auf Einkommenserzielung gerichtete ökonomische Handeln verderbe den Menschen und treibe ihn in die Abhängigkeit von materiellen Gütern und in die Versuchung zu eigensüchtigem Selbstinteresse, wird kaum eine Wirtschaftsordnung als ethisch positiv einschätzen können, die den Wettbewerb fördert, anstatt Garant einer Hypermoral zu sein. Leicht kann man von solcher Denkweise her dann das utopische Modell einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausmalen, das ähnlich abstrus und realitätsfern ist wie das von Ökonomen und Nichtökonomern gelegentlich noch heute missverstandene Modell einer Marktwirtschaft unter vollkommener Konkurrenz auf allen Produkt- und Faktormärkten bei vollständiger Information aller beteiligten Subjekte und unendlich großer Anpassungsgeschwindigkeit an Datenänderungen. Es wird nämlich nicht zur Kenntnis genommen, dass – wie es Trutz Rendtorff formuliert – die von Menschen geschaffene Wirtschaftsordnung einer weltlich-irdischen Aufgabe dient, nämlich der Erwirtschaftung der Mittel zum Leben. Die ethische Verbindlichkeit einer Ordnung, in der diese Aufgabe wahrgenommen wird, komme ihr nicht etwa von oben zu, sondern sie müsse durchaus weltlich verdient werden und es könne nicht darum gehen, über die Qualität einer solchen Ord-

nung im Maßstab einer Heilsordnung im Zuschnitt der Erwartung des Reiches Gottes oder säkularisierter humanistischer Äquivalente hierfür zu befinden.<sup>6</sup>

Im übrigen besteht die Gefahr, dass eine solche extreme Sichtweise – wenn sie von Ethikern oder von solchen, die das sein wollen, vertreten wird – dann umgekehrt vom Wirtschaftswissenschaftler als nicht tolerierbare Arroganz des Ethikers aufgefasst wird und heftige Konflikte mit der Wirtschaftswissenschaft hervorruft, wie es sich schon in dem Ausspruch von Adolf Wagner dokumentierte, der sagte: „Mit dem Herzen ein Christ, mit dem Verstand ein Heide; darüber kommt ein Gelehrter nicht hinaus, wenigstens ich nicht.“<sup>7</sup> Oder wie es sich schärfer schon bei Lujo von Brentano zeigte, der in seiner Rektoratsrede von 1901 die provozierende Auffassung vertrat, dass die kirchliche Morallehre seit dem Mittelalter für lange Zeit ein Hindernis für die Entstehung einer selbständigen Wirtschaftswissenschaft gewesen sei, weil nämlich ihr moralischer Sollensstandpunkt eine nahezu feindliche Haltung sowohl gegenüber der natürlichen Stellung des Menschen zu den wirtschaftlichen Gütern als auch gegenüber der Haupttriebfeder des wirtschaftlichen Handelns und damit der weiteren Entwicklung des Wirtschaftslebens zur Folge gehabt habe.

(2) Ein zweites Problem, das dann entsteht, wenn man in dieser Sichtweise an das Beziehungsverhältnis von Moral und Wirtschaftsordnung herangeht, besteht darin, dass leicht von als verbindlich unterstellten Moralprinzipien ausgegangen und damit eine feste Werteordnung vorausgesetzt wird. Dieser Autoritätsanspruch des Ethikers steht aber im Widerspruch zu den Erfordernissen einer pluralistischen Gesellschaft.

Konflikte solcher Art zwischen Ethik und Wirtschaftswissenschaft – hervorgerufen durch realitätsferne Modellvorstellungen und Alleinvertretungsansprüche der einen oder der anderen Wissenschaftsdisziplin – sind im Interesse einer nüchternen Analyse des Zusammenhangs zwischen Moral und Wirtschaftsordnung, die ja letztlich nur interdisziplinär fruchtbar durchgeführt werden kann, ganz sicher kontraproduktiv.

## II.

1. Trotz dieser aufgezeigten Gefahren muss ich das mir aufgegeben Thema unter dem Blickwinkel behandeln, dass es um die Frage geht, welchen ethischen Gehalt die Ordnung einer Sozialen Marktwirtschaft hat. Bei diesem Versuch freilich hat man es zusätzlich mit erheblichen Schwierigkeiten zu tun, die sich nur dadurch beseitigen lassen, dass man bewusst eine Entscheidung trifft:

- Es ist nämlich zunächst zu klären, was Soziale Marktwirtschaft überhaupt ist oder was man darunter verstehen will,
- sodann ist zu entscheiden, welches System der Ethik der Bewertung zugrunde gelegt werden soll.

2. Was Soziale Marktwirtschaft ist, darüber gibt es keinerlei einheitliche und zureichend präzise definierte Vorstellungen, sondern recht verschiedene Auffassungen – gelegentlich sogar ziemlich abwegige. Das zeigt sich unter anderem darin, dass in der politischen Praxis von unterschiedlichsten Parteien und Gruppierungen im Namen der Sozialen Marktwirtschaft Ziele verfolgt und Instrumente zu deren Realisierung eingesetzt werden, die extrem gegensätzlicher Natur sein können. Dies ist freilich nicht allein auf die Ignoranz oder gar Böswilligkeit von Politikern oder Verbandsfunktionären zurückzuführen, sondern auch auf den Umstand, dass an dem, was man als Konzept, Leitbild, Ordnungs-idee, Programm oder Stilgedanken einer Sozialen Marktwirtschaft bezeichnen könnte, eine große Zahl von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen mit durchaus differenzierten sozialphilosophischen Überzeugungen mitgewirkt hat. Es gehörten dazu Wirtschaftswissenschaftler wie Walter Eucken, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack ebenso wie Juristen, Theologen und aus der Wissenschaft hervorgegangene Politiker. Man denke hier nur an Franz Böhm, Oswald von Nell-Breuning und Ludwig Erhard – um nur wenige Namen zu nennen.

Erschwerend kommt hinzu, dass in der wirtschaftspolitischen Realität der vergangenen rund fünfzig Jahre tatsächlich eine als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete Ordnung geschaffen worden ist, die allenfalls partiell den Intentionen der Gründungs-

ter des Konzepts entspricht und die Müller-Armack mit dem Hinweis verdeutlichte, es gehe darum, das Prinzip der Freiheit auf dem wettbewerblich gestalteten Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.<sup>8</sup> Die Gleichsetzung des Konzepts mit der Realität ist keineswegs gerechtfertigt. Ich habe meine Zweifel, ob die Architekten des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft damit einverstanden wären, gewisse bestehende gesetzliche Regelungen, in der Realität beobachtbare Entwicklungen oder auch Diskussionen als ihrem Konzept entsprechend anzuerkennen. Ich will hierzu nur wenige Andeutungen machen.

Dass nicht alle Bestimmungen unserer seit langem geltenden Handwerksordnung dem Wettbewerb förderlich sind, ist so offenkundig, dass es nicht weiter erläutert zu werden braucht. Und wenn heute Investmentbanken und Risikofonds unterbewertete Firmen durch kompletten Aufkauf von deren Aktien von der Börse nehmen, sie in Personengesellschaften umwandeln und dann mit Gewinn an einen der bisherigen Konkurrenten verkaufen, dann bleibt vom Wettbewerb nur noch der schöne Schein übrig, auch dann, wenn man aus taktischen Gründen die beiden bisherigen Firmennamen beibehält. Trotz mancher auch erfreulicher Verbesserungen der Wettbewerbssituation – meist von der Europäischen Gemeinschaft her erzwungen – wie in den Bereichen der Kommunikation, des Transportwesens oder der Stromversorgung bleiben andere Branchen wettbewerbspolitisch unterentwickeltes Gebiet.

Wenn man andererseits an die vor etwa zwei Jahren ernsthaft geführte Diskussion zurückdenkt, ob die neue Potenzpille Viagra von den gesetzlichen Krankenkassen zu finanzieren sei oder nicht, oder wenn man beobachtet, wie sich Gruppen der Gesellschaft – selbst wider bessere Einsicht – geradezu verbissen dagegen wehren, dass das System unserer sozialen Sicherung an der einen oder anderen Stelle so umgebaut wird, dass es auch für eine künftige Generation Bestand haben kann, dann muss ich daran zweifeln, ob hierzulande das rechte Verständnis von sozialem Ausgleich im Sinne von Müller-Armack besteht. – Ich will mich daher bei meinen Darlegungen ausschließlich auf das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft stützen, und zwar so, wie es vor al-

lem von Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow gesehen wurde und das Egon Tuchfeldt durch sechs Stilelemente zu charakterisieren versucht.<sup>9</sup>

– Das erste Stilelement sei der ordnungspolitische Grundsatz von der Freiheit des Einzelnen, die sich im ökonomischen Bereich nur unter Bedingungen des Wettbewerbs zwischen selbständig operierenden Wirtschaftssubjekten herstellen lässt. Hier ist Walter Euckens und der Freiburger Schule Konzept der Wettbewerbsordnung eine entscheidende Stütze für das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

– Zum Organisationsprinzip des wettbewerblichen Marktes gehöre als zweites Stilelement und als dessen Kehrseite das Prinzip vom sozialen Ausgleich als zum Grundsatz der Freiheit gleichrangig und diesem komplementär. Freilich entspreche diesem Prinzip des sozialen Ausgleichs die seit Jahren beobachtbare „Vollkaskomentalität“ weiter Bevölkerungskreise keineswegs.

– Da die Väter der Sozialen Marktwirtschaft – entgegen manchen Vorstellungen, die Märkte würden immer zum Gleichgewicht tendieren – realistisch von der Erfahrung ausgingen, dass es im Wirtschaftsprozess auch zu konjunkturellen und strukturellen Verwerfungen kommen kann, die Arbeitslosigkeit, Instabilität des Geldwerts und Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz mit sich bringen können, sei als drittes, viertes und fünftes Stilelement des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft Konjunkturpolitik, Wachstumspolitik und Strukturpolitik zu nennen.

– Für alle prozesspolitischen Eingriffe – und das sei das sechste Stilelement – soll nach Müller-Armack die Forderung nach Marktkonformität gelten, die Marktprozesse sollen also durch die wirtschaftliche Prozesspolitik möglichst wenig verzerrt oder gestört werden. Aus Gründen, die ich hier nicht näher darlegen kann, würde ich den Begriff der „Ordnungskonformität“ dem der „Marktkonformität“ vorziehen.<sup>10</sup>

Man kann diese Stilelemente durch die Hinzufügung ergänzen, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mit einem ethi-

schen Anspruch auftritt, ohne dabei an spezifische Begründungen der ethischen Ziele gebunden zu sein. Dies ist u. a. erkennbar, wenn Walter Eucken hinsichtlich der Frage, wie die Wirtschaftsordnung aussehen soll, auf den mittelalterlichen Begriff des Ordo zurückgreift und fordert, dass eine Ordnung geschaffen werde, die funktionsfähig und menschenwürdig ist, die hilft, sowohl die Güterknappheit zu überwinden wie auch ein selbstverantwortliches Leben der Menschen zu ermöglichen.<sup>11</sup> Dass das Leitbild eine ethische Dimension hat, wird auch deutlich, wenn Alfred Müller-Armack betont, dass es ihm um die Synthese von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit geht und dass unter dem Gesichtspunkt der Freiheit die Marktwirtschaft einer zentral geleiteten Wirtschaft wegen ihrer Fähigkeit zur Machtauflösung auch dann vorzuziehen sei, wenn sie weniger produktiv wäre als die letztere.

3. Geht man von dieser knappen und daher sehr unvollkommenen Kurzbeschreibung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft aus und versucht man, dessen ethisch-moralische Grundlagen und Implikationen zu erfragen, dann steht man vor der Entscheidung, welche ethische Theorie man zugrundelegen will. Und hier ist ja seitens der ethischen Wissenschaft durchaus einiges im Angebot. Wendet man sich dem Bereich der philosophischen Ethik zu, die auf der Erkenntnisquelle der Vernunft, dem Verstand und dem Beobachtungsvermögen beruht, dann könnte man unter anderem an die moralischen Anforderungen an die Wirtschaftsordnung denken, die von der materialen Werteethik Max Schelers und Nikolai Hartmanns, vom Formalismus Immanuel Kants, vom Utilitarismus eines Jeremy Bentham oder John Stuart Mill, vom Psychologismus David Humes, vom Determinismus Baruch Spinozas oder Arthur Schopenhauers, von der Ethik der Freiheit eines Johann Gottlieb Fichte sowie von Teilen der Existenzphilosophie ausgehen – um hier nur einiges zu nennen.<sup>12</sup> Fragt man vor dem Hintergrund dieser oder auch anderer Theorien der philosophischen Ethik nach dem ethischen Gehalt der Konzeption Soziale Marktwirtschaft, dann wäre u. a. zu prüfen, inwieweit diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dazu beiträgt, Handeln gemäß den natürlichen Anlagen des Menschen (Hume), Handeln aus Achtung vor den allgemeingültigen praktischen Gesetzen (Kant), Handeln entsprechend der allgemeinen

Wohlfahrt (Bentham und Mill) oder Handeln entsprechend den moralischen Ansprüchen, die der Mensch in jeweiliger Situation aus dem Gewissen heraus vernimmt (Scheler und Hartmann) zu fördern oder zu behindern. Wissenschaftler, die das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt haben, dürften – einfach infolge der Tatsache, dass jeder Forscher in einer historischen Tradition steht und Ideen seiner Vorgänger und auch anderer Denker übernimmt – mehr oder weniger von allen diesen – und noch von anderen – ethischen Theorien beeinflusst gewesen sein. So sind wohl die verschiedensten Theorien der philosophischen Ethik auf diesem Wege in das Fundament des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft eingeflossen und bestimmen dessen Ethos mit, ohne dass man – wenn hierüber nicht intensiv interdisziplinäre Forschungen betrieben werden – leicht in der Lage wäre, den Anteil je einer bestimmten dieser Theorien hinreichend zu erfassen.

Um wenigstens ansatzweise in den Blick zu bekommen, welchen ethischen Gehalt das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft aufweist, bleibt wohl nur der Weg, in den Schriften der Väter der Sozialen Marktwirtschaft nach Äußerungen zu suchen, welche zumindest die Dominanz ihrer ethischen Vorstellungen und sozialphilosophischen Überzeugungen durchscheinen lassen, die sie bei der Ausgestaltung des Leitbildes geleitet haben und die daher für das Konzept grundlegend sind. Diese ihre vorherrschenden ethischen Vorstellungen dürften am ehesten erkennbar werden, wenn man fragt, welches ihre anthropologischen Grundüberzeugungen waren, wie sie also den Menschen in seinem Sein und Wesen und in seiner spezifischen Abhebung von dem ihn umgebenden Seienden gesehen haben. – Bei der Suche nach den anthropologischen Vorstellungen der Gründungsväter gerät man jedoch in die Schwierigkeit, dass diese meist keine hinreichend detaillierte und explizite Darstellung dessen gegeben haben, was ihrer Auffassung nach zum Grundbestand des Menschseins gehört und was sie von daher als ethisch invariant betrachteten, also unabhängig von einem jeweils spezifischen Verständnis von Mensch und Welt. Noch am ehesten wird dies erkennbar bei Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack.

4. Röpkes Menschenbild wird in einem Beitrag über das Kulturideal des Liberalismus von 1947<sup>13</sup> deutlich. Er formuliert dort wie folgt: „Was ist Liberalismus? Er ist humanistisch: d. h. er geht von der zum Guten fähigen und erst in der Gemeinschaft sich erfüllenden Natur des Menschen, von seiner über seine materielle Existenz hinausweisenden Bestimmung und von der Achtung aus, die wir jedem als Menschen in seiner Einmaligkeit schuldig sind und die es verbietet, ihn zum bloßen Mittel zu erniedrigen. Er ist daher individualistisch oder, wenn man das lieber hört, personalistisch; d. h. entsprechend der christlichen Lehre, dass jede Menschenseele unmittelbar zu Gott ist und als ein abgeschlossenes Ganzes zu ihm eingeht, ist die einzelne menschliche Person das letztlich Wirkliche, nicht aber die Gesellschaft, so sehr auch der Mensch nur in der Gemeinschaft, in ihrem Dienste und möglicherweise in der Aufopferung für sie die ihm gesetzte Erfüllung finden kann.“<sup>14</sup> Und an einer anderen Stelle heißt es: „Die wirtschaftenden Menschen müssen in eine Gesamtordnung eingebunden sein, die ... dem Menschen die seiner Natur gemäße Existenz nicht verweigert. Der Mensch aber kann nur dann volle Erfüllung seiner Natur finden, wenn er sich willig einer Gemeinschaft einfügen und sich ihr solidarisch fühlen kann.“<sup>15</sup>

5. Müller-Armacks Überlegungen zur philosophischen Anthropologie, zu denen er von Max Scheler und Helmuth Plessner inspiriert wurde, werden besonders erkennbar in seinem Aufsatz mit dem Titel: „Gedanken zu einer sozialwissenschaftlichen Anthropologie“ von 1963.<sup>16</sup> Das anthropologische Grundproblem bestehe in der Frage, wie ein Wesen konstituiert sein muss, das die beiden Daseinsbereiche – nämlich Geist und Natur – ungeschieden in sich enthält. Seiner Auffassung nach zeichnet sich der Mensch „... durch die dialektische Einheit von Trieb und Geist, von geschichtlicher Gebundenheit und Freiheit sowie von Immanenz und Transzendenz aus.“<sup>17</sup> Dabei treffe der Mensch in der Begegnung mit anderen Menschen auf eine Schicht echter Persönlichkeit. Und nur in der Gemeinschaft mit anderen, im sozialen Zusammenhang, könne er sein Wesen verwirklichen. Müller-Armack geht auch davon aus, dass der Mensch ein natürliches Religionsbedürfnis hat, auch dann, wenn Einzelne der Religion absagen. Dennoch könnten auch diese ihrer natürlichen Veranlagung

nicht entkommen, denn – sei es im Glauben oder Unglauben – der Mensch führe sein Leben stets im Blick auf die Transzendenz.<sup>18</sup>

Eckart Müller kommt aufgrund einer Textanalyse – die sich vor allem auf die Arbeiten von Eucken, Müller-Armack und Rüstow erstreckt – zu dem Ergebnis, dass dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft die folgenden sieben anthropologischen Konstitutionsbedingungen des Menschseins unterlegt sind:<sup>19</sup>

- (1) Der Mensch hat Freiheit; er verfügt über äußere Gestaltungsspielräume und besitzt die Fähigkeit, mit diesen Freiräumen rational umzugehen.
- (2) Die Freiheit des Menschen ist endlich. Sie wird eingegrenzt durch seine kulturellen, politischen und sozialen Prägungen.
- (3) Der Mensch ist auf das Zusammenleben mit anderen angewiesen, er ist „zoon politikon“.
- (4) Der Mensch hat die Möglichkeit, Formen des Zusammenlebens zu entwickeln, welche durch Gemeinschaft konstituiert sind.
- (5) Der Mensch ist ein geschichtliches Wesen. Diese Geschichtlichkeit verbietet es ihm, zu einer endgültigen Gestaltung seiner Lebensform zu kommen.
- (6) Alle Lebensformen des Menschen sind deshalb dynamisch, in ständiger Veränderung begriffen.
- (7) Der Mensch muss die Knappheit an materiellen Gütern verringern, damit sich seine Lebensmöglichkeiten entfalten können.

Von diesen dem Leitbild unterliegenden anthropologischen Grundvorstellungen her ergebe sich ein Grundverständnis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, für das die Ermöglichung, Bewahrung und Entfaltung der Freiheit sowie die Würde eines jeden Menschen fundamental sind, was auch erfordere, dass unabhängig vom Leistungsprinzip eine materielle Grundsicherung für jedermann gewährleistet wird. Gesellschaftliche Strukturen seien daran zu messen, ob sie in der Realität Freiheit und Würde des Menschen ermöglichen. Für die Wirtschaftsordnung bedeute dies, dass sie die Versorgung mit Gütern gewährleisten und helfen muss, den Wohlstand der Bevölkerung zu vermehren<sup>20</sup>.

Angesichts dieser anthropologisch gegründeten Prinzipien des Konzepts und angesichts von Textstellen bei den Architekten der

Sozialen Marktwirtschaft, in denen von Person und Personalität, von Gemeinschaft und Solidarität die Rede ist, kommt man nicht um die Vermutung herum, dass die anthropologischen Grundvorstellungen vor allem Röpkes und Müller-Armacks eine große Nähe zu jenen aufweisen, die auch der christlichen Sozialethik zugrunde liegen. Und in der Tat vertritt Manfred Spieker die Auffassung, dass das Ordnungsleitbild der Sozialen Marktwirtschaft und die christliche Sozialethik auf der gleichen anthropologischen Voraussetzung beruhen.<sup>21</sup> Und hiermit kommt dann neben der philosophischen Ethik auch die christliche Sozialethik, die zusätzlich zur Vernunft auch noch die Offenbarung als Erkenntnisquelle anerkennt, als Beurteilungsmaßstab für den ethischen Gehalt der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft ins Spiel.

### III.

1. Da ich nun freilich weder Philosoph noch Theologe bin, sondern nur ein einfacher Volkswirt, muss ich mich diesbezüglich auf die Aussagen von theologischen Sachkennern und kirchlichen Instanzen stützen.

Trotz der Unterschiede in der Begründung sozialetischer Normen, die in den evangelischen Kirchen und in der katholischen Kirche herangezogen werden, gibt es viele Gemeinsamkeiten in der Beurteilung gesellschaftlicher Ordnungsfragen. Das gilt insbesondere für den Grundsatz, dass die Gesellschaft auf der menschlichen Person gründet, dass also die Person Träger von ursprünglichen Rechten und Pflichten ist und nicht das Individuum im Verständnis des individualistischen Neoliberalismus. Deshalb kann Rolf Kramer aus Sicht der evangelischen Theologie sagen: „Die Soziale Marktwirtschaft kann von Christen begrüßt werden, weil als ihre Grundlage die Würde der Person anerkannt wird. Der zentrale Aspekt der Sozialen Marktwirtschaft liegt in der Verantwortung gegenüber der Person, im Schutz ihrer Freiheit und ihrer Gerechtigkeit.“<sup>22</sup>

2. Mit Bezug auf die Wirtschaftsordnung, durch die eine dauernde Deckung des Bedarfs der Menschen an Gütern ermöglicht werden soll, bedeutet das Personenprinzip, dass diese Ordnung so

beschaffen sein muss, dass – wie es Anton Rauscher klar formuliert – „... der Freiheit der Person, der Privatinitiative, dem Leistungswillen, dem unternehmerischen Handeln“<sup>23</sup> Raum geboten wird. Da der Mensch Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen sein muss<sup>24</sup>, verlangt das Personenprinzip Schutz der Privatautonomie, Vorrang der Einzelinitiative, Freiheit für Konsumenten und Produzenten und Privateigentum an Produktionsmitteln. „In der Anerkennung solcher Elemente liegt die ordnungspolitische Grundentscheidung für eine dezentrale, unmittelbar von den Wirtschaftssubjekten ausgehende Koordinierung und Steuerung der Wirtschaft“, so stellt Homeyer fest.<sup>25</sup> Die personale Würde des Menschen verlange also, dass er in der Wirtschaft eine wahre Subjektstellung einnimmt. Aber genau das ist das zentrale Ziel, das mit Sozialer Marktwirtschaft verfolgt wird.

3. Nach katholischer Auffassung sind in der menschlichen Person Individualität und Sozialität vermittelt, woraus sich zwei Grundprinzipien ergeben, nämlich das der Solidarität und das der Subsidiarität, die neben dem Personenprinzip als sittliche Maßstäbe für die Beurteilung einer Wirtschaftsordnung herangezogen werden. Solidarische Verbundenheit und personengerechte Struktur der Gesellschaft finden ihren Ausdruck im Gemeinwohl.

Personenprinzip, Solidaritätsprinzip und Subsidiaritätsprinzip bestimmen nach Auffassung der katholischen Kirche das Soziale als ein grundsätzlich personal geprägtes Verhältnis von Einzelwohl und Gemeinwohl. „Das Soziale bemisst sich demnach beispielsweise noch längst nicht nach der Sozialleistungsquote, der Größe des Sozialbudgets oder dem spezifischen Umfang von Transferleistungen“, so formuliert Homeyer. „Es besteht ebenso wenig in der Subsistenz aus öffentlichen Mitteln ... Nicht Versorgung, sondern eine die Freiheit des Einzelnen respektierende und seine Verantwortung stärkende Wohlfahrt ist die erste legitime Aufgabe des Sozialstaates.“<sup>26</sup>

Legt man diese Normen der katholischen Soziallehre an das ordnungspolitische Leitbild einer Sozialen Marktwirtschaft an, dann ergibt sich nach meiner Auffassung ganz eindeutig, dass dieses Ordnungsleitbild in allen entscheidenden Punkten diesen Nor-

men grundsätzlich entspricht. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft bejahen – weil beide das gleiche anthropologische Fundament besitzen – freie Entscheidungen der Person und Privatinitiative und lehnen kollektive respektive etatistische Lösungen ab. Auch das persönliche Eigentum wird beiderseits grundsätzlich bejaht. Der Wettbewerb auf den Märkten, ein Kernstück im Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, wird seitens der katholischen Soziallehre begrüßt und akzeptiert als Instrument zur Herbeiführung von Produktivität zur Versorgung der Menschen mit Gütern und zur Machtauflösung. Und dem kann ich als ein in der Wolle gefärbter Nachkomme der Freiburger Schule nur voll zustimmen. Sozialpolitik und Stabilisierungspolitik, also weitere Stilelemente des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, werden von Vertretern der katholischen Soziallehre ebenfalls als notwendige Mittel zur Erreichung des Gemeinwohls gefordert.

4. Es ist etwas schwieriger, in den sehr unterschiedlichen Äußerungen offizieller, halboffizieller und privater Natur, die von Angehörigen der evangelischen Kirchen zur Frage der ethischen Einschätzung des Leitbilds einer Sozialen Marktwirtschaft gemacht werden, eine eindeutige, einheitliche und bestimmende Linie herauszufinden. Es sei hier nur auf zwei Stellungnahmen eingegangen, nämlich auf die von Trutz Rendtorff und von Eckert Müller.<sup>27</sup>

Ausgehend von der Überzeugung, dass die Freiheit und Unabhängigkeit des Christen von der Welt das Ziel ist, dem die Lebensführung entsprechen, und dass die Nächstenliebe, die im Gebot des Teilens und der Sorge für den Bedürftigen besteht, die materiellen Güter diesem Ziel ein- und unterordnen soll, stellt Rendtorff aus der Sichtweise evangelischer Theologie die Frage, ob Soziale Marktwirtschaft diesem Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit und dem ihr zugeordneten Gebot der Nächstenliebe entspricht. Er prüft den ethischen Gehalt dieses Ordnungsleitbildes anhand von fünf Urteilen.

(1) Im Markt, der als zentrales Ordnungsinstrument die Wirtschaft strukturiert, sei die ethisch-sinnvolle Einsicht in die Gren-

zen jeglicher vorwegnehmender und normierender staatlicher Planung zu erkennen; der Markt sei die ökonomische Figur jenes Pluralismus, in welchem Freiheit des Menschen zur sozialen Tatsache wird. Die einzige Bedingung, die dabei erfüllt sein müsse, lasse sich darum auch nur formal definieren, aber nicht inhaltlich fixieren: Der freie Zugang zum Markt muss, analog der Teilnahme am Pluralismus, für jedermann gewährleistet sein.

(2) Die marktwirtschaftliche Ordnung verlange die geringste Übereinstimmung von Menschen, und so werde ein Ethos der Freiheit verwirklicht. Der Verzicht auf ideale Konformität ermögliche es, zwischen dem, was ökonomisch angeboten wird, und dem, was aufgrund der Entscheidungen über konkrete Lebenspläne nachgefragt wird, die Verbindung herzustellen.

(3) Der Wettbewerb am Markt bewirke – analog zur Ordnung der Demokratie im politischen Bereich –, dass ein Equilibrium of Power entstehen kann. Der Mensch strebe erfahrungsgemäß immer wieder nach Macht und Herrschaft, um diese den je eigenen Interessen dienstbar zu machen. Dem wirke die Wettbewerbsordnung entgegen. Dies war auch exakt die Auffassung von Eucken und Müller-Armack.

(4) Die Qualität einer Wirtschaftsordnung erweise sich freilich nicht schon durch ihre Grundsätze, sie müsse diese durch Leistungsfähigkeit und Produktivität auch erbringen. Die Leistungsfähigkeit von Marktwirtschaft sei freilich in bestimmten Situationen auch mit der Notwendigkeit verbunden, den arbeitenden Menschen als Kostenfaktor gegebenenfalls aus dem Arbeitsprozess auszuschneiden. Hier entstünden dann ethisch wie wirtschaftlich relevante Konflikte.

(5) Schließlich müsse darauf hingewiesen werden, dass eine dynamische Wirtschaft nicht nur die natürlichen Lebensbedürfnisse deckt, sondern auch neue hervorbringt. Und hiervon ginge ein nachhaltiger Einfluss auf die Alltagswelt, Sitte und Gesellschaft aus, was die Moralwissenschaft immer wieder problematisiere. Zwar sei Wohlstand so gesehen in der Tat ein ambivalenter Begriff, aber es sei schließlich abwegig, dagegen als ethisches Ziel

ein wirtschaftliches Handeln zu setzen, das die Menschen arm macht und zu einem Leben voller Entbehrungen verurteilt.

Aus seiner Analyse zieht Rendtorff dann den Schluss: „Die Soziale Marktwirtschaft enthält ... zureichende, wenn auch meist implizite ethisch beachtliche Strukturen und Kriterien, ... auf die sie auch von der Ethik direkt angesprochen werden kann.“<sup>28</sup>

Auch Eckart Müller kommt in seiner 1997 veröffentlichten, außerordentlich umfangreichen Arbeit zum Thema: „Evangelische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft“ zu dem Ergebnis, dass das Konzept Soziale Marktwirtschaft in seinen wesentlichen Teilen durch eine evangelische Wirtschaftsethik rezipiert werden kann. Seine Analyse habe außerdem gezeigt, dass die Konzeption auch Entwicklungspotentiale hinsichtlich ihrer konzeptionellen Gestaltung und instrumentellen Umsetzung beinhalte, die die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig machen. Von daher sei es berechtigt, das Leitbild Soziale Marktwirtschaft auch weiterhin als realistisches Gestaltungskonzept für die deutsche und die europäische Wirtschaft zu vertreten.<sup>29</sup>

5. Die weitgehende Übereinstimmung der anthropologischen Grundpositionen von christlicher Sozialethik mit der von Müller-Armack und Röpke und auch anderer Architekten des Leitbildes kann kein Zufall sein, sondern weist darauf hin, dass das Denken dieser Wissenschaftler nicht nur von der philosophischen Anthropologie und Ethik, sondern in hohem Maße auch von christlich-theologischen Auffassungen geprägt war, dass also Grundgedanken christlicher Sozialethik im Fundament der Ordnungskonzeption Soziale Marktwirtschaft verankert sind. Dies gilt wohl auch für Rüstow, der – in streng protestantischen Hause aufgewachsen – sich später nicht mehr zum christlichen Glauben bekannte, doch – wie auch Röpke – immer wieder darauf hingewiesen hat, wie bedeutsam für die Zügelung des ökonomischen Geschehens dessen Einbettung in den „Marktrand“ als dessen geistig-moralische Voraussetzung ist. Diese Voraussetzungen müssten durch außerökonomische Institutionen geschaffen werden, zu denen vor allem auch die Familie zählt, und die durch „Vitalpolitik“ zu fördern sind. Gleichwohl kann man nicht davon ausgehen,



dass die Väter dieses Ordnungsleitbildes beabsichtigten, eine „christliche Wirtschaftsordnung“ zu konzipieren, die ja letztlich ein ebenso irreführendes Konzept wäre, wie das eines „christlichen Staates“.

6. An den Normen und Wertvorstellungen christlich-theologischer Sozialethik gemessen ist jedoch meines Erachtens die Ordnungskonzeption Soziale Marktwirtschaft das Leitbild einer in hohem Maße wünschenswerten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, von der Müller-Armack so überzeugt war, dass er zu der Prognose kam: „Alle Ordnungen der Zukunft, in welchen freien Ländern der Welt sie auch praktiziert werden mögen, werden irgendwie den Linien dieses Gedankens der Sozialen Marktwirtschaft folgen müssen.“<sup>30</sup> An diese weitsichtigen Worte fühlte ich mich erinnert, als ich vor wenigen Wochen die Gelegenheit hatte, in dem islamischen Gottesstaat Iran – den man freilich nicht als ein freies Land bezeichnen kann – einen Vortrag über Soziale Marktwirtschaft zu halten und dabei in der Diskussion erstaunt feststellen konnte, wie interessiert man dort gerade an den ethischen Grundlagen des Konzepts war.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. K. Homann, Stellungnahme aus Sicht der Wirtschaftsethik, in: Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Markt mit Moral. Das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft, Güterloh 1994, S. 73-79, hier: S. 74.

<sup>2</sup> Vgl. W. Röpke, Wirtschaft und Moral, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.), Was wichtiger ist als Wirtschaft. Tagungsprotokoll Nr. 15, Ludwigsburg 1960, S. 17-31, hier: S. 18.

<sup>3</sup> V. Vanberg, Der konsensorientierte Ansatz der konstitutionellen Ökonomik, noch nicht veröffentl. Vortragsmanuskript, S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. F. Coester; O. Katholnigg, Artikel: Soziale Marktwirtschaft, in: Staatslexikon, Siebter Band, Freiburg 1968, Sp. 231-237, hier: Sp. 234.

<sup>5</sup> Vgl. T. Rendtorff, Die Soziale Marktwirtschaft in der Perspektive theologischer Ethik I, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft. Thesen und Anfragen, Stuttgart, New York 1988, S. 45-58, hier: S. 49.

<sup>6</sup> Vgl. derselbe, S. 55.

<sup>7</sup> Vgl. derselbe, S. 49.

<sup>8</sup> Vgl. A. Müller-Armack, Artikel: Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart u.a. 1956, abgedruckt in: Derselbe, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Bern und Stuttgart 1976, S. 243-249, hier: S. 243.

<sup>9</sup> Vgl. E. Tuchtfeldt, Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Konzept, in: F. Quaas; Th. Sraubhaar (Hrsg.), Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Bern, Stuttgart, Wien 1995, S. 29-46, hier: S. 34-40.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu G. Gutmann, Die Wechselseitigkeit von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, in: A. Rauscher (Hrsg.), Zukunftsfähige Gesellschaft. Beiträge zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1998, S. 101-199.

<sup>11</sup> Vgl. W. Eucken, Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl. Berlin, Göttingen Heidelberg 1959, S. 240.

<sup>12</sup> Vgl. Artikel: Ethik, in A. Diemer; J. Frenzel (Hrsg.), Philosophie, Das Fischer Lexikon, Bd. 11, Frankfurt 1958, S. 71-92.

<sup>13</sup> Vgl. W. Röpke, Das Kulturideal des Liberalismus, Frankfurt 1947.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 15.

<sup>15</sup> W. Röpke, Marktwirtschaft ist nicht genug, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.), Tagungsprotokoll Nr. 7, Ludwigsburg 1957, S. 9-20, hier: S. 12.

<sup>16</sup> Vgl. A. Müller-Armack, Gedanken zu einer sozialwissenschaftlichen Anthropologie, in: F. Kassenberg; H. Albert (Hrsg.), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser, Berlin 1963, S. 3-16.

<sup>17</sup> H. Leipold, Wertewandel und Werteverzehr: Moralische Dimensionen der Sozialen Marktwirtschaft, in: D. Cassel (Hrsg.), 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption, Stuttgart 1998, S. 153-175, hier: S. 162.

<sup>18</sup> Vgl. A. Müller-Armack, Das Jahrhundert ohne Gott: Zur Kulturosoziologie unserer Zeit, in: Derselbe, Religion und Wirtschaft, Bern und Stuttgart 1981, S. 371-512, hier: S. 371.

<sup>19</sup> Vgl. E. Müller, Evangelische Wirtschaftsethik und Soziale Marktwirtschaft. Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft und die Möglichkeiten ihrer Rezeption durch eine evangelische Wirtschaftsethik, Neukirchener 1997, S. 242 f.

<sup>20</sup> Derselbe, S. 247 f.

<sup>21</sup> Vgl. M. Spieker, zit. nach H. F. Wünsche, Zur Ethik der Sozialen Marktwirtschaft, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen, Heft 34, 1987, S. 13-20.

<sup>22</sup> R. Kramer, Wirtschaften und christliches Bewußtsein. Die sozialen Denkschriften der EKD, in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Orientierungen, Heft 34, 1987, S. 8-12, hier: S. 8.

<sup>23</sup> A. Rauscher, Soziallehre, kirchliche, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW), 7. Bd., Stuttgart u.a. 1977, S. 41-51, hier: S. 49 f.

<sup>24</sup> Vgl. Mater et magistra, Nr. 219.

<sup>25</sup> J. Homeyer, Aussagen der katholischen Soziallehre zu gesellschaftlichen Fragen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 24 der Wochenzeitung „Das Parlament“, Bd. 21-22, Bonn 1988, S. 3-10, hier: S. 5.

<sup>26</sup> J. Homeyer, a.a.O., S. 3 f.

<sup>27</sup> Vgl. T. Rendtorff, a.a.O., hier: S. 55-58; ferner E. Müller, a.a.O., S. 237-356.

<sup>28</sup> Vgl. Rendtorff, S. 58.

<sup>29</sup> Vgl. E. Müller, a.a.O., S. 354.

<sup>30</sup> A. Müller-Armack, Die Soziale Marktwirtschaft und ihre Widersacher, in: L. Erhard; A. Müller-Armack, Soziale Marktwirtschaft. Ordnung der Zukunft, Frankfurt, Berlin, Wien 1972, S. 28.

## **Sozioökonomie – Idee und Wirklichkeit. Reminiszenzen und Reflexionen**

Prof. em. Dr. Heinz Lampert

### I.

Zunächst möchte ich sehr herzlich danken

- den Mitgliedern des Instituts für Volkswirtschaftslehre für ihre Initiative zur Durchführung dieses Festakts,
- Professor Gernot Gutmann für den Festvortrag und Professor Gerhard Kleinhenz für die Laudatio,
- Prorektor Professor Gunther Gottlieb und Dekan Professor Oswald Neuberger für ihre anerkennenden Worte,
- dem Direktor des Instituts für Volkswirtschaftslehre, Professor Peter Welzel, und meinem Lehrstuhlnachfolger, Professor Peter Michaelis, für ihre organisatorischen Mühen und die zum Ausdruck gebrachte persönliche Wertschätzung sowie
- dem Jazztrio Uli Fiedler, Florian Hierdeis und Simon Noack für die musikalische Umrahmung des Symposiums.

Mit zunehmendem Alter wird man zunehmend mutiger, Konventionen in Frage zu stellen. In diesem Sinne halte ich mich für berechtigt, bei meinen Reminiszenzen und Reflexionen zur Sozioökonomie die mich persönlich bewegenden Aspekte dieses Themas durch die Einflechtung persönlicher Erlebnisse und Erfahrungen erkennbar zu machen.

### II.

Es ist mir ein Bedürfnis, mit einem Gedenken an zwei meiner maßgeblichen akademischen Lehrer zu beginnen: Georg Weippert und Bernhard Pfister.

Georg Weippert war Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, Soziologe und Genossenschaftswissenschaftler an der Universität Er-

langen. Er war querschnittsgelähmt und beeindruckte nicht nur durch sein fachliches Können, sondern seine Willens- und Geisteskraft. Er war mein Doktorvater. Sein zentrales Anliegen war die Erfassung der Wirtschaft als Sozialgebilde. Wirklichkeitsnahe ökonomische Theorie war für ihn nur als *sozialökonomische* Theorie vorstellbar<sup>1</sup>. Die Titel zweier seiner Aufsätze verdeutlichen seine wissenschaftsprogrammatistische und methodologische Orientierung. Sie lauten: „Die idealtypische Sinn- und Wesenserfassung und die Denkgebilde der formalen Theorie“ sowie „Instrumentale und kulturtheoretische Betrachtung der Wirtschaft“<sup>2</sup>.

Unmittelbar nach der Promotion 1956 trat ich als Mitarbeiter bei der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Bayern e. V.“ in München ein. Deren Hauptarbeitsgebiet war die Organisation von Seminaren zu wirtschaftspolitischen Themen für Führungskräfte der Wirtschaft und für Betriebsräte in Kooperation mit den Bayerischen Industrie- und Handelskammern. Zweck des Vereins war nach der Satzung „die organisatorische Zusammenfassung aller Kreise und Kräfte der bayerischen Wirtschaft, die für die Wirtschaftsverfassung der Sozialen Marktwirtschaft, für unternehmerische Freiheit und für einen vernünftigen Ausgleich zwischen den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten und den staatspolitischen Notwendigkeiten eintreten. Er erstrebt die Entfaltung und Anerkennung der persönlichen Leistung und des unternehmerischen Geistes in allen Stufen des Wirtschaftslebens.“ Ich war zuständig für organisatorische Arbeiten und gelegentlich auch als Referent in den Seminaren tätig.

Kurz nach meinem Eintritt wurde die Gesellschaft unter einem Dach und unter einheitlicher Leitung mit der neu gegründeten „Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung e. V.“ zusammengeführt. Zweck dieser Vereinigung war die Sammlung von Spenden der Bayerischen Industrie, der sog. „Industrieumlage“, zugunsten der CSU, der FDP und der Bayernpartei. Die Einbeziehung in diesen Prozess – ich hatte die Zahlungsein- und -ausgänge zu verbuchen – bereitete mir wachsendes Unbehagen, obwohl die Spendensammlung mit dem seinerzeitigen Rechtsstand vereinbar war. Ich empfand jedoch die Aktion als Verstoß gegen die politi-

sche Fairness und gegen die Chancengleichheit. Ich zerbrach mir den Kopf, wie ich aus dieser Tätigkeit herauskommen konnte.

Ich kam auf die Idee, mich bei Bernhard Pfister, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität München, den ich anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung für die Seminarreferenten kennengelernt hatte, um eine Assistenz zu bewerben.

Das Vorstellungsgespräch werde ich nicht vergessen. Pfister war Schüler von Walter Eucken und Mitglied des von Eucken geführten „Freiburger Kreises“. Pikanterweise war mein Doktorvater Weippert einer der profiliertesten Kritiker von Walter Euckens „Grundlagen der Nationalökonomie“. Er hatte diese Arbeit 1941 in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ auf sage und schreibe 124 Seiten besprochen.

Im Vorstellungsgespräch fragte mich Pfister, bei wem ich promoviert habe. Meine Antwort: bei Professor Weippert. Pfister: „So, bei Weippert?“ Gesprächspause. Dann kam der tolerante, undogmatische Liberale in ihm zum Vorschein. Er meinte: „Wir wollen’s miteinander versuchen“. Er akzeptierte mich als Assistent und förderte meine Habilitation.

Georg Weippert und Bernhard Pfister wurden für mich zu Mentoren, die meine wissenschaftliche Sozialisation stark beeinflusst haben. Ihr Einfluss ist wirksam geblieben: die programmatische und methodologisch sozialökonomische Ausrichtung Weipperts einerseits und die wirtschaftspolitische Orientierung am Neo- und Ordoliberalismus Pfisters andererseits.

Unter „sozioökonomischer Ausrichtung“ verstehe ich das Bemühen, bei der Analyse ökonomischer Sachverhalte zu berücksichtigen, dass das gesellschaftliche Wirtschaften gleichzeitig eine wirtschaftliche und eine soziale Dimension (im Sinne eines Einflusses auf die Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen) hat. Beide Dimensionen sind nur gedanklich trennbar. Für die wissenschaftliche Erarbeitung realitätsnaher und sozial angemessener Ergebnisse müssen beide Dimensionen berücksichtigt werden.

### III.

Nach meiner Habilitation 1962 wurde ich 1964 an die Technische Universität Berlin berufen. Die betriebswirtschaftlich orientierte, mit nur einem volkswirtschaftlichen Lehrstuhl ausgestattete Fakultät wurde seinerzeit um vier VWL-Lehrstühle erweitert.

Diese Zeit war für mich geprägt durch die Notwendigkeit, zu lernen, wie man in einer Fakultät Fuß fasst und sich dort positioniert und wie man einen Lehrstuhl verwaltet. Ich musste die Vorlesungsinhalte von Grund auf erarbeiten, den Ruf in der Fachwelt durch Publikationen festigen und Erfahrungen als Prüfer erwerben. Letzteres scheint mir gelungen zu sein, wie der folgende, von Prüflingen für ihre Kommilitonen erstellte Bericht zeigt:

#### *Prüfungsbericht – Professor Lampert – Sozialpolitik*

##### *Allgemeines*

*Sachlicher, freundlicher Prüfer; erklärt gerne bei Verständnisschwierigkeiten; liebt exakte Ausdrucksweise, fragt auch nach Definitionen; beruhigt nervöse Kandidaten, indem er Antworten ins Positive zu interpretieren versucht; fragt anfangs der Reihe nach, dann in lockerer Folge; wechselt bei mangelhaftem Wissen das Gebiet.*

##### *Prüfungsgebiet*

*Sopo I-III, soweit es sich um Kennzahlen, Hauptgebiete oder allgemein bekannte (auch aktuelle) Themen handelt (flexible Altersgrenze, Vermögensbildung) und Literatur, die der Kandidat „angeblich“ gelesen haben will (sehr gefährlich, da sofortige Zusatzfragen).*

##### *Beurteilung*

*Objektiver Prüfer; sehr gut für Kandidaten, die breites Wissen haben; Verbesserungen, auch in beträchtlichem Ausmaß, möglich.*

Dem Ruf nach Berlin waren „Probenvorträge“ in Nürnberg, Marburg und Freiburg vorausgegangen. In Freiburg sind mir zwei unvergessliche, jedoch nicht bereute Fehler unterlaufen. Der erste:

ich hatte in meinem Vortrag nachzuweisen versucht, dass der Arbeitskampf in unserer Wirtschaftsordnung ein unverzichtbares Instrument einer sozial akzeptablen Arbeitsmarktordnung und einer funktionierenden Tarifautonomie ist – was Friedrich von Hayek völlig anders beurteilte. Der zweite Fehler: beim Abendessen mit Heinz Müller, Erich Streißler und Friedrich von Hayek nach meiner Zeitungslektüre gefragt, habe ich wahrheitsgemäß die eher sozialliberale „Süddeutsche Zeitung“ genannt. Die richtige Antwort wäre natürlich gewesen: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die publizistische Hochburg einer allenfalls gemäßigt sozialen Marktwirtschaft.

In Berlin erlebte ich – gerade von einer Gastprofessur am M.I.T. in Boston 1967/68 zurück – die Hochschulunruhen. Von den seinerzeit üblichen brutalen Übergriffen – Eierwürfe und Farbbeutelwürfe auf Professoren, „go-ins“ und „sit-ins“ bei Fakultätssitzungen, Störungen von Vorlesungen und die telefonische Belästigung Familienangehöriger durch Drohungen – blieb ich verschont. Eine zentrale Forderung der linken studentischen Gruppierungen war es, Forschung und Lehre und dementsprechend die Fakultäts- und Lehrstuhlstruktur an den „gesellschaftlichen“ Interessen und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Seinerzeit wurde der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ gegründet, um diese aus der marxistisch-leninistischen Ideologie abgeleitete Forderung – letztlich mit Erfolg – abzuwehren. Heute scheint es kaum als Problem empfunden zu werden, wenn die Universitäten vorrangig nach Kriterien wirtschaftlicher Effizienz beurteilt und in erster Linie in den Dienst des Standortes Deutschland und der Lösung seiner Probleme gestellt werden, dabei nach Art. 26 des Bayerischen Hochschulgesetzes unterstützt von einem „Hochschulrat“, der „Initiativen für die Profilbildung und für die Schwerpunktsetzung in Lehre und Forschung sowie für die Weiterentwicklung des Studienangebotes“ zu geben hat und von dessen fünf Mitgliedern „drei Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wirtschaft und beruflichen Praxis“ sein müssen. Angesichts dieser Fakten kann man nur hoffen, dass dadurch die Fakultäten, die keine so engen Bezüge zur Wirtschaft haben wie die Wiso- und die Jura-Fakultäten, nicht vernachlässigt werden, dass der Grundlagenforschung genügend Aufmerksamkeit zuteil

und dass der Einfluss wirtschaftlicher Interessen nicht zu stark wird.

Der zweiten zentralen Forderung der rebellierenden Studenten nach einer drittelparitätischen Besetzung der Universitätsgremien war der Senat von Berlin als erste deutsche Länderregierung nachgekommen. Im Handumdrehen war die Koalition aus Vertretern der Assistenten und der Studenten handlungsfähig. Ein bis zwei Jahre nach Erlass des Gesetzes waren alle Professoren der Volkswirtschaftslehre der Fakultät an westdeutsche Universitäten abgewandert.

Ich habe 1970 einen Ruf auf den Lehrstuhl für Sozialpolitik in Köln angenommen, den der sozialdemokratisch orientierte Gerhard Weisser innegehabt hatte. Da ich im Geruch stand, neoliberal zu sein, schrieb mir der Vertreter der Fachschaft Sozialpolitik, Graf Steffen von Lehnhorff, der seinen Adelstitel jedoch – dem Stil jener Jahre entsprechend – abgelegt hatte, einen besorgten Brief und meinte:

„Falls Sie sich aufgrund Ihrer persönlichen wissenschaftlichen Neigungen nicht imstande sehen, die Tradition des zweiten Kölner Sozialpolitik-Lehrstuhls fortzusetzen, bitten wir Sie nachdrücklich, den an Sie ohne Mitwirkung der Studenten ergangenen Ruf im Interesse der Lehrmeinungsp pluralität, der Aufrechterhaltung eines breiten Lehrangebotes und vielfältiger Forschungseinrichtungen, ... neu zu überdenken oder evtl. abzulehnen.“

Da ich mich schon in Berlin mit dem Marxismus-Leninismus und der DDR befassen musste, um kompetent mit den zum Teil hochbegabten politisch aktiven Studenten diskutieren zu können, habe ich das Kölner Programm – zusammen mit Gerhard Kleinhenz, der mich als Assistent nach Köln begleitet hat – um Vorlesungen und Seminare zur politischen Ökonomie des Marxismus-Leninismus, zum Wirtschaftssystem der DDR und zur Sozialpolitik der DDR erweitert. Damit war der ideologischen Agitation der Boden entzogen. Die Veranstaltungen waren gut besucht. Wir haben aber unsere Untersuchungsobjekte in den Veranstaltungen und in Publikationen – methodologisch korrekt – nicht im Spie-

gel der *unserem* Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zugrunde liegenden Sozialphilosophie betrachtet und den Marxismus und die Sozialpolitik der DDR nicht in Bausch und Bogen verurteilt, sondern an ihrem systemspezifischen Wertesystem gemessen. Damit begann sich – für mich wahrnehmbar in Form sublimen, den akademischen Umgangsformen entsprechender Sanktionen – bei manchem Kollegen die Meinung durchzusetzen, dass ich wohl nicht mehr so recht im „main-stream“ des Faches schwimme.

Wirtschafts- und sozialpolitisch waren die Jahre zwischen 1956 und 1970 für Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft außerordentlich befriedigend. Schritt für Schritt wurde nach der Währungsreform und der Abschaffung des Bewirtschaftungssystems im Leitsatzgesetz ein leistungsfähiger Ordnungsrahmen aufgebaut und die Soziale Marktwirtschaft etabliert<sup>3</sup>, die einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus eröffnete.

Die neue Wirtschaftsordnung sowie günstige politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen bewirkten hohe Wachstumsraten und ab 1957 Vollbeschäftigung. Beides schuf für die Sozialpolitik ein historisch einmaliges wirtschaftliches Fundament.

Schrittweise wurde der Sozialstaat auf- und ausgebaut – mit der Folge, dass die Rechtsnormen des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates aus der Welt der geschriebenen Verfassung, der zugesicherten formalen Rechte in die Lebenswirklichkeit, in tatsächlich nutzbare materiale Rechte und Möglichkeiten transformiert worden sind.

Die staatliche Sozialpolitik hat – das kann man ohne Übertreibung sagen – einen beachtlichen Beitrag zur Annäherung unserer Gesellschaft an die Ideale der Aufklärung, nämlich an die Ziele der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit, gebracht. Diese historisch bedeutende Leistung der staatlichen Sozialpolitik zur Gestaltung einer humanen Gesellschaft mit einer bisher noch nie und nirgends verwirklichten hohen sozialstaatlichen Substanz wird von vielen Kritikern des Sozialstaates und Befürwortern eines Abbaues des Sozialstaates sowohl im wissenschaftlichen Bereich als auch im politischen Raum verkannt und vernachlässigt.

Leitbild der Gesellschafts- und Sozialpolitik war der subsidiäre Sozialstaat, in dem neben der Sicherung der individuellen Freiheit soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialer Friede unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips als gleichrangig zu verfolgende Ziele gelten. Es war und ist das von zahlreichen Verfassungsrechtlern, Politikwissenschaftlern, Sozialethikern und Sozialpolitikern bevorzugte Leitbild. Auch Roman Herzog<sup>4</sup>, Klaus Stern<sup>5</sup> und Hans Zacher<sup>6</sup> gehören zu seinen Befürwortern.

Allerdings zeichneten sich Ende der 60er Jahre auch Grenzen des Sozialstaates – vor allem in Form steigender Steuer- und Sozialabgabenbelastung – ab<sup>7</sup>.

Daher wurde – beginnend u. a. mit der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik zum Thema „Soziale Probleme der Industriegesellschaft“ 1976 in Augsburg, deren lokale Organisation vom Volkswirtschaftlichen Institut unserer Universität geleistet wurde – die Frage nach den Grenzen des Sozialstaates und der Notwendigkeit sowie den Möglichkeiten einer Sozialstaatsreform mit steigender Intensität diskutiert. Dies um so mehr, als mit dem Ausbruch der ersten Ölpreiskrise 1973, dem Ende der Vollbeschäftigung 1974, steigender Arbeitslosigkeit und ihren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme eine Zeit struktureller Umbrüche einsetzte, sich das Wirtschaftswachstum merklich verlangsamte und die Verteilungsspielräume verengte.

#### IV.

Zu Beginn dieser Zeit des Umbruchs – 1973 – wechselte ich nach Augsburg. Einer von mehreren Gründen war das Augsburger Wiso-Modell<sup>8</sup>.

Es beruht auf der Einsicht, dass sich sowohl die Betriebs- als auch die Volkswirtschaftslehre auf eine unternehmerische bzw. staatliche Entscheidungslehre hin entwickeln und dass daher „auch nicht rein ökonomische Tatbestände, beispielsweise psychologische und soziologische, berücksichtigt werden (müssen), soweit sie für wirtschaftliche Entscheidungen relevant sind“ und dass „von Anfang an eine Gesamtschau der Probleme“ gegeben werden muss<sup>9</sup>.

Bedauerlicherweise ist das Ende dieses Modells durch eine Evaluierungskommission eingeläutet worden – in einer Zeit, in der die herrschende ökonomische Theorie die soziale Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens mehr und mehr aus dem Auge verliert und in der die Bedeutung sozialer Aspekte und Probleme nahezu systematisch abgewertet wird; in einer Zeit, in der ökonomische Theorien beanspruchen, nahezu alle gesellschaftlichen und menschlichen Lebensäußerungen erklären zu können mit einer ökonomischen Theorie der Politik, der Bürokratie, der Sozialpolitik, der Familie, der Liebe und der Sexualität, der Korruption, der Kriminalität, des kollektiven Verhaltens, der wissenschaftlichen Theoriebildung und der Moral<sup>10</sup>.

Eigentlich stehen nur noch aus: eine ökonomische Theorie religiösen Verhaltens<sup>11</sup> und eine ökonomische Theorie der Ökonomik, die sich mit der Frage befassen sollte, welche Beziehungen zwischen dem politischen System und der ökonomischen Wissenschaft bestehen<sup>12</sup>. Es gibt dazu eine provokante These des angesehenen John Kenneth Galbraith, die im Gegensatz zu seiner „Theorie der Countervailing Power“ bei uns nicht zur Kenntnis genommen worden ist und besagt, „dass die Wirtschaftswissenschaft über Jahrhunderte hinweg Lehrmeinungen produziert und vertreten hat, die geradezu optimal in das Konzept der sozial und wirtschaftlich Privilegierten passten.“ Wenn man – so Galbraith – den Reichen und Zufriedenen entsprechen wolle, müsse man drei Prinzipien gerecht werden: 1. „Zunächst soll der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft auf ein Minimum begrenzt sein“, 2. „Ist zu beachten, dass der ungebremste Drang, soviel Geld wie möglich anzuhäufen, eine soziale Rechtfertigung erfährt“ und 3. „Der verlorengegangene soziale Konsens, die Tatsache also, dass die öffentliche Verantwortung für die Armen verleugnet wird, muss auf irgendeine Weise gerechtfertigt werden. Dazu müssen die Mitglieder der funktionalen Unterschicht als in bestimmtem Sinne schuldig an ihrem eigenen Schicksal hingestellt werden.“<sup>13</sup>

Diese Thesen erscheinen in dieser Verallgemeinerung überzogen, aber nicht abwegig. Die neue liberale Wirtschaftsphilosophie mit ihrer Forderung nach dem „schlanken, dem Minimalstaat, mit ihrer Verabsolutierung des shareholder value und ihrer Stigmatisierung

sierung Arbeitsloser und sozial Schwacher eignet sich jedoch nicht zur Widerlegung von Galbraith. Es lässt sich ja auch tatsächlich im Laufe eines langen Berufslebens erkennen, dass es Ökonomen gibt, die ihrem Untersuchungsobjekt so nahe stehen, dass ihnen nicht mehr bewusst wird, wenn sie sich mit dessen Interessen identifizieren. Die Zahl dieser Kollegen wird steigen, wenn der mit bestimmten personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattete, auf Lebenszeit verbeamtete und damit unabhängige Professor im Sinne der Reformer des Standortes Deutschland demontiert wird. Ich hoffe, dass unserem Nachwuchs diese Problematik bewusst ist und sein Wissenschaftsethos ausgeprägt genug ist, um Anfechtungen zu widerstehen und die Dignität der Wissenschaft zu wahren.

Es ist keineswegs zu bestreiten, dass ökonomische Theorien für bestimmte Ausprägungen nicht spezifisch ökonomischen Handelns einen in bestimmter Weise begrenzten Erklärungswert haben, aber eben nur einen begrenzten, der der Ergänzung durch die Erkenntnisse anderer Wissenschaften bedarf<sup>14</sup>.

Lassen Sie mich den Blick noch einmal auf den Evaluierungsbericht des „Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Unterricht, Kultus und Kunst“ richten.

Einen ungehörigen und unzulässig verallgemeinernden, wenn nicht gar verleumderischen Vorwurf stellt die Behauptung dar, „die in der Defensive befindlichen Sozialwissenschaften haben nach Auffassung der Studierenden ihre Prüfungsansprüche ... bereits auf ein Minimum reduziert“<sup>15</sup>.

Eine betont ökonomistische Perspektive zeigt sich in der Behauptung, die Verknüpfung wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Aspekte sei als im wesentlichen gescheitert und überholt anzusehen<sup>16</sup>, wie auch in der Behauptung, angesichts der Entwicklung der ökonomischen Theorie müsse festgestellt werden, „dass sich die integrierte sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung überlebt“ habe<sup>17</sup>. Beide Behauptungen bleiben unbewiesen. Der Bericht nimmt es auch mit der Logik nicht immer genau: Die tatsächliche Entwicklung der ökonomischen Theorie kann ja kein Kriterium und kein Beweis dafür sein, ob dieser Theorie so-

zioökonomisch konzipierte Theorien und Lehrkonzepte überlegen sind oder nicht.

Die Abwertung einer integrierten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung ist leider nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. Sie ist – wie Peter Ulrich zutreffend urteilt<sup>18</sup> – die Konsequenz eines Ökonomismus, der sich über die Wirtschaft hinaus als Erklärungsmuster für menschliches Verhalten in fast allen Lebensbereichen versteht und der wohl die Großideologie der Gegenwart darstellt, die wie keine zweite weltweit Einfluss ausübt. Dies zeigt sich auch an der Glorifizierung der Globalisierung als intensivierter internationaler Arbeitsteilung, wie selbst prominente Ökonomen – wie Otmar Issing, Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank – meinen. Bei dieser Einschätzung wird verkannt, dass die Globalisierung nicht nur den internationalen Wettbewerb, die internationale Arbeitsteilung und die internationale Verflechtung verstärkt, sondern die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Autonomie nationaler Regierungen erheblich schwächt<sup>19</sup>. Globalisierung ist – worauf Reinhard Blum aufmerksam macht – nicht mehr nur die Beschreibung eines Prozesses, sondern eine Ideologie, die der Verbreitung einer „Marktwirtschaft pur“ dient, die Freiräume schafft „für globale Koalitionen und eigene Strategien der Marktaufteilung und -gestaltung“ und den Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik durchzusetzen erlaubt<sup>20</sup>. „Die Globalisierungskampagne fördert einen Wettbewerb um beste ökonomische Ausbeutung der Welt, einen Wettbewerb um niedrige Löhne für die Menschen, geringe soziale Sicherung und zugunsten der Missachtung der Umwelt.“<sup>21</sup> Die Globalisierung dient nicht zuletzt den Interessen der Wirtschaft der U.S.A., wie jüngst Chalmers Johnson gezeigt hat<sup>22</sup>.

Diese Einsicht deckt sich mit der seit langem konsequent von Reinhard Blum vertretenen Auffassung, dass die Renaissance der klassischen Wirtschaftstheorie und des Wirtschaftsliberalismus einen marktwirtschaftlichen Alleinvertretungsanspruch etabliert hat und dass der Neoliberalismus, wie er seit den 80er Jahren interpretiert worden ist, nicht nur das Primat der reinen Marktwirtschaft über die soziale Marktwirtschaft, sondern der Wirtschaft über die Politik zu erreichen versucht<sup>23</sup>.

Die Anregung der Mitglieder der Evaluierungskommission, im Bedarfsfall sollten aus der in andere Fakultäten ausgegliederten Soziologie, Psychologie und Philosophie Dienstleistungsimporte durchgeführt werden, lässt vermuten, dass die Gutachter kaum Kenntnisse und Erfahrungen über die Notwendigkeit, Möglichkeiten und Probleme interdisziplinärer Zusammenarbeit haben. Ich weiß, wovon ich rede, seit ich im interdisziplinär zusammengesetzten wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Familien in mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit erfahre, wie wertvoll die Korrektur und Ergänzung ökonomischer Theorien und Aspekte durch die soziologische, psychologische und pädagogische Perspektive ist, wie lange man braucht, um die Terminologien anderer Disziplinen zu verstehen und dass man, will man wirklich integrativ arbeiten, miteinander, nicht nebeneinander analysieren muss.

Man fragt sich in diesem Zusammenhang schon, ob die Bayerische Staatsregierung bei der Auswahl der Kommissionsmitglieder ein gutes Augenmaß gezeigt hat. Auch das Gutachten der „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“<sup>24</sup> aus dem Jahr 1997 zog ja ungewöhnlich massive Kritik auf sich<sup>25</sup>.

Vielleicht steckt hinter den genannten Gutachten auch ein Problem, das der Verein für Socialpolitik bereits auf seiner Jahrestagung 1963 unter dem Titel „Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung“ diskutiert hat, nämlich das Problem, dass Ratsuchende die Gutachter auf der Grundlage bekannter Literatur und Einstellungen so auswählen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit das von den Ratsuchenden als richtig oder erwünscht angesehene Beratungsergebnis die Funktion eines Alibis für die wissenschaftliche Verbrämung politischer Absichten erfüllt<sup>26</sup>.

Sollte sich die wissenschaftspolitische Perspektive, die im Gutachten erkennbar wird, allgemein durchsetzen, wird der Ökonomisierung vieler gesellschaftlicher Lebensbereiche einerseits und der Abwertung des Sozialen andererseits – Entwicklungen, die sich seit langem beobachten lassen – weiterer Vorschub geleistet.

Diese Abwertung sozialer Fragestellungen und Probleme ist an der Demontage der sozialen Komponente der Sozialen Marktwirtschaft und an der Abwertung der sozialen Gerechtigkeit als Grundziel unserer Gesellschaft ablesbar.

Lassen Sie mich zur Demontage der sozialen Komponente zunächst eine Begebenheit erzählen, die für mich Signalwirkung hatte. Im Juni 1985 wurde ich von Norbert Walter, dem jetzigen Chefvolkswirt der Deutschen Bank, eingeladen, an einem „Handbuch der Sozialen Marktwirtschaft“ mitzuwirken. Im November zog sich Norbert Walter wegen neuer Verpflichtungen als Herausgeber zurück. Diese Rolle übernahmen Hans D. Barbier und Roland Vaubel. Der Titel lautete jetzt kurz und bündig: „Handbuch Marktwirtschaft“. Daraufhin habe ich meine Zusage zur Mitarbeit zurückgezogen. Denn diese Titeländerung war Ausdruck eines mir inakzeptabel erscheinenden Wechsels ökonomischer Paradigmen.

Hauptgrund für diesen Paradigmenwechsel, der Mitte der 80er Jahre erkennbar wurde, war die Erfahrung, dass der erste große weltweite Wachstumseinbruch nach dem Zweiten Weltkrieg, der durch die erste Ölpreisexplosion 1973 ausgelöst und durch die zweite Ölpreisexplosion 1978/79 verstärkt worden war, mit den bisher bewährten Instrumenten der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik nicht zu bewältigen war und dass das Ziel der Vollbeschäftigung anhaltend verfehlt wurde.

Allmählich setzte sich anstelle des keynesianischen Weltbildes das im Zuge einer Renaissance der neoklassischen Gleichgewichtstheorie entwickelte Konzept der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik durch. 1985 erschien – gleichsam als Vorläufer einer wirtschafts- und sozialpolitischen Neuorientierung – ein Artikel von Armin Gutowski, seinerzeit Mitglied im Sachverständigenrat, und Renate Merklein, seinerzeit journalistisch tätigen Frau. Dieser Artikel mit dem Titel „Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung“ enthielt ein engagiertes Plädoyer für eine zum Teil durchaus akzeptable Reform des Arbeitsrechts und bestimmter Sozialpolitikbereiche<sup>27</sup>. Die genannten Autoren stellten jedoch darüber hinaus die These auf, das At-



tribut „sozial“ sei ein Geburtsfehler der Sozialen Marktwirtschaft, und behaupteten, für die Bereiche „Arbeit und Soziales“ fehle eine Theorie. Der Bereich „Soziales“ sei wissenschaftlichen Sozialpolitikern überlassen, die alle möglichen Maßnahmen fordern, ohne sich mit den Finanzierungsproblemen, den wirtschaftlichen Voraussetzungen und den Rückwirkungen sozialpolitischer Eingriffe auf die wirtschaftliche Effizienz auseinanderzusetzen. Die Bedeutung Alfred Müller-Armacks als geistiger Mitschöpfer der Sozialen Marktwirtschaft und als einflussreicher politischer Begleiter Ludwig Erhards wurde bezweifelt und behauptet, die soziale Komponente dieser Wirtschaftsordnung sei überbewertet<sup>28</sup>. Albrecht Bossert und ich haben dazu eine Replik verfasst, die breite Resonanz gefunden hat<sup>29</sup>. Gutowskis Aufsatz war der Auftakt zu einer Fundamentalkritik neoliberaler Ökonomen an der bis dahin überwiegend akzeptierten Interpretation der Sozialen Marktwirtschaft<sup>30</sup>.

Mittlerweile werden von einer Mehrheit der Ökonomen Mitschöpfer des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft wie Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow nicht mehr als ordnungspolitisch kompetent anerkannt. Auch die Mehrzahl der in Beratungsinstitutionen tätigen Ökonomen, z. B. die „fünf Weisen“, haben sich diese Auffassung zu eigen gemacht<sup>31</sup>.

Der ökonomische Paradigmenwechsel geht mit einer bemerkenswerten Vernachlässigung der sozialen Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens einher<sup>32</sup>. Er bewirkte auch eine Modifikation des bisher von der Mehrheit der Ökonomen und von führenden Politikern der CDU, CSU und F.D.P. vertretenen Leitbilds des Sozialstaates und des Staates an sich. Auch Teile der SPD haben sich diesem Auffassungswandel, der im Folgenden noch skizziert werden wird, bereits angeschlossen<sup>33</sup>.

Die meisten der neuen Neoliberalen, die das neue ordnungspolitische Leitbild vertreten, berufen sich, um die soziale Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft in enge Grenzen zurückzudrängen, auf Walter Eucken. Dabei verkennen sie, dass Eucken in seinen „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ Soziale Sicherheit

und Soziale Gerechtigkeit als „die großen Anliegen der Zeit“ bezeichnet und meinte, die Soziale Frage sei „seit Beginn der Industrialisierung mehr und mehr zur zentralen Frage menschlichen Daseins geworden“, auf deren Lösung „Denken und Handeln vor allem gerichtet sein müssen“<sup>34</sup>.

Viele Anhänger Euckens nehmen – im Gegensatz zu Gernot Gutmann, den man wie auch mich als wissenschaftlichen Enkel Euckens bezeichnen kann – nicht zur Kenntnis, dass er dafür plädierte, die Sozialpolitik nicht als „Anhängsel“ der Wirtschaftspolitik zu betrachten, sondern dass sie in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik sein sollte. „Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre. Es gibt keine wirtschaftspolitische Maßnahmen, die nicht zugleich auch, sei es direkt oder indirekt, soziale Auswirkungen und soziale Bedeutung hätten ... Durch die allgemeine Ordnungspolitik muss versucht werden, die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern“<sup>35</sup>.

Darüber hinaus hat Eucken eine „Spezielle Sozialpolitik“ akzeptiert, weil er wusste, dass Ordnungspolitik allein nicht ausreicht, um die Entstehung sozialer Probleme zu verhindern. Er plädierte für eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, für Arbeitnehmerschutzmaßnahmen und für eine „menschenwürdige Arbeitsmarktverfassung“<sup>36</sup>.

Bedenkt man, dass die „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ posthum von Edith Eucken und Paul K. Hensel herausgegeben worden und unvollständig sind, dann wird es schwerfallen, sich auf Eucken als Anwalt einer Wirtschaftsordnung zu berufen, die keine Sozialpolitik braucht, weil eine funktionierende Marktwirtschaft aus sich heraus sozial sei, wie das jüngst Nikolaus Piper in der „Süddeutschen Zeitung“ behauptet hat<sup>37</sup>.

Aus der Perspektive der sozialpolitischen Auffassung Euckens erscheint es verfehlt, einseitig – wie es gang und gäbe ist – eine Ordnungs- bzw. Marktconformität sozialpolitischer Maßnahmen zu fordern. Vielmehr ist es erforderlich, den prinzipiell anzuerkennenden Grundsatz der Wirtschaftsordnungskonformität der Sozialpolitik durch den Grundsatz der möglichst weitgehenden

Sozialordnungskonformität der Wirtschaftspolitik – im Sinne der sozialpolitischen Grundauffassung von Walter Eucken – zu ergänzen<sup>38</sup>.

Dem in der neoklassischen Theorie der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik gegenüber der Sozialordnung und der Sozialpolitik eingeräumten Primat entspricht auch die Verdrängung des Leitbildes des subsidiären Sozialstaates durch das u. a. von Friedrich von Hayek präferierte Leitbild des Minimalstaates. Es ist ausgeprägt orientiert an der individuellen Freiheit und erkennt Gesellschaft und Staat nur minimale Sicherungs- und Eingriffsfunktionen zu. Der Sozialstaat gilt als freiheitszerstörend, soziale Gerechtigkeit als *fata morgana*. Dieses Leitbild des Minimalstaates schließt auch die Idee vom „schlanken“ Staat ein. Es sei nur kurz angemerkt, dass die Ideologie des schlanken Staates verkennt, dass wichtiger als die Größe des Staatssektors die Qualität der staatlichen Aktivitäten ist und dass der Staat nicht der Gegenpart des Marktes, sondern ein Komplementärbereich ist, der die Funktionsfähigkeit der Märkte, ihre wirtschaftliche und soziale Infrastruktur und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen sichert<sup>39</sup>.

Die Akzeptanz und die politische Durchsetzung des minimalstaatlichen Leitbildes könnte unsere Sozialkultur ernsthaft gefährden. Vor einer solchen Gefährdung warnt Ralf Dahrendorf: „Hält nun unter dem Globalisierungsdruck auch der Sozialdarwinismus wieder Einzug, so wird das Gemisch tödlich. In mancher Hinsicht scheint, zumindest in Europa, das ausgehende zwanzigste Jahrhundert frappierende Ähnlichkeiten mit dem späten neunzehnten zu haben. Damals wie heute hatte man eine von extremem Individualismus geprägte Zeit hinter sich – damals das Manchesterium, heute den Thatcherismus. Die Menschen standen einander in hartem Wettbewerb gegenüber, und die Stärksten gingen als Sieger hervor, oder besser: die Sieger wurden als die Stärksten bezeichnet, welchen Eigenschaften auch immer sie ihren Erfolg verdankten ... Die vielleicht schwerwiegendste Folge der mit Flexibilität, Effizienz, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität einhergehenden Werte ist die Zerstörung der öffentlichen Dienste.“ Es kann „kein Zweifel daran

bestehen, dass die ökonomischen Herausforderungen des globalen Marktes der Bürgergesellschaft nicht förderlich sind“<sup>40</sup>.

Ähnlich deutlich und skeptisch über die Entwicklung äußerte sich Wilhelm Hennis: „Der demokratische Rechts- und Verfassungsstaat ist ein großartiges, aber doch sehr rares Kulturprodukt, er hängt von Umständen ab, die nur in einem kleinen Teil der Welt gegeben und auch dort in schneller Erosion befindlich sind. Die Ökonomie, die private Gier nach Reichtum und Glanz, ist viel älter als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Politik, und die Ökonomie holt sich gegenwärtig unter dem Beifall der Experten zurück, was die Politik ihr in zwei Jahrhunderten mühsam abgerungen hat“<sup>41</sup>.

Der erwähnte Paradigmenwechsel hat sich auch im den wesentlichen Inhalten des Neoliberalismus niedergeschlagen, worauf jüngst Gerhard Maier-Rigaud aufmerksam gemacht hat<sup>42</sup>.

Die skizzierten Entwicklungen erhielten durch den Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems, d. h. durch die Beendigung des Wettbewerbs der Wirtschafts- und Sozialsysteme, Auftrieb<sup>43</sup>.

Für den Prozess der fortschreitenden Vernachlässigung der sozialen Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens, für die Abwertung der sozialen Gerechtigkeit als gesellschaftspolitisches Grundziel und für die Demontage der sozialen Komponente der sozialen Marktwirtschaft spielt Friedrich von Hayek eine maßgebliche Rolle. Dessen Verdienste für die Entwicklung der Ordnungstheorie und für das vertiefte Verständnis der Leistungsfähigkeit einer Wettbewerbsordnung sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in seinem Werk auch fragwürdige Auffassungen finden, von denen hier nur zwei angesprochen werden sollen, nämlich seine polemische Ablehnung des Begriffs „sozial“ und seine Auffassung zum Verhältnis zwischen Freiheit und Gerechtigkeit.

Hayek kategorisierte das Attribut „sozial“ als ein „weasel-word“, das – wie ein Wiesel dem Ei – jedem mit ihm verbundenen Begriff

unmerklich die Substanz raubt. „Ich glaube“, so formulierte Hayek, „das Wiesel-Wort par excellence ist das Wort sozial. Was es eigentlich heißt, weiß niemand. Klar ist nur, dass eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit und eine soziale Demokratie keine Demokratie“<sup>44, 45</sup>

Die Art Friedrich von Hayeks, zu polemisieren und historisch bedeutsame Entwicklungen sowie wohl definierbare und definierte Ideen und Konzeptionen als unbrauchbar abzutun, verrät die Bereitschaft, Werturteile zu erschleichen. Dennoch hat Hayek seine beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt.

Für die Beziehungen zwischen Freiheit und Gerechtigkeit – Gerechtigkeit verstanden als Verringerung interpersoneller Unterschiede der materialen Freiheit – wird vor allem von Hayek eine Konfliktbeziehung konstatiert – mit der Begründung, jedes Mehr an staatlichen Regeln, das über die Beseitigung von persönlichen Privilegien hinausgeht, verstoße gegen die materiale Freiheit. Dieses meines Erachtens falsche Urteil ist darauf zurückzuführen, dass in dem Abgabebzwang für die durch eine Einkommens- und/oder Vermögensumverteilung Belasteten zwar zutreffend eine Einschränkung der verfügbaren Kaufkraft, mithin des wirtschaftlichen Spielraums für die Realisierung materialer Freiheit der Belasteten gesehen wird. Es wird aber übersehen, dass bei den durch die Umverteilung Begünstigten im Umfang der Umverteilung Kaufkraft zuwächst, der Spielraum an materialer Freiheit dieser Gruppe also größer wird. Solange davon ausgegangen werden kann, dass durch die Befreiung von Menschen aus Not sowie durch die Vergrößerung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten ein Nutzen entsteht, der größer ist als der, der den durch die Umverteilung Belasteten entzogen wird, sind Freiheit und Gerechtigkeit komplementäre Ziele.

Auch diese These von der Gesellschaftsschädlichkeit sozialer Gerechtigkeit im Sinne einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen hat an Boden gewonnen. Dies lässt sich nicht nur zahlreichen politischen und wissenschaftlichen Äußerungen entneh-

men, u. a. den Gutachten des Sachverständigenrates, sondern seit längerem feststellbaren Tendenzen, Probleme der Verteilungsgerechtigkeit zu vernachlässigen, Verteilungsgerechtigkeit als politisches Ziel zurückzudrängen und die Herstellung von „Partizipationsgerechtigkeit“ und „Beteiligungsgerechtigkeit“ – eine Wortschöpfung aus den letzten Jahren – als vordringliche Aufgabe zu betrachten – obwohl die Herstellung von formaler und materialer Startgerechtigkeit schon seit Jahrzehnten auf dem politischen Programm steht und mit beachtlichem Erfolg verfolgt worden ist.

Unverständlich bleibt meines Erachtens auch die These Friedrich von Hayeks, eine „spontane“ Ordnung wie der Marktmechanismus könne gar nicht ungerecht sein<sup>46</sup>.

Nach meinem Urteil wird verkannt, dass Probleme wie die Arbeitslosigkeit, die Obdachlosigkeit, die Armutsgefährdung von bestimmten Familienformen wie der Alleinerziehenden und der Mehr-Kinder-Familien nicht durch mehr Beteiligungsgerechtigkeit gelöst werden können – schon gar nicht, wenn es sich um eine Gesellschaft handelt, die sich seit einem Vierteljahrhundert als unfähig erweist, mit einer Massenarbeitslosigkeit fertig zu werden.

Lassen Sie mich jetzt einen Blick auf die Entwicklung der ökonomischen Theorie nach dem Zweiten Weltkrieg werfen. Ich weiß natürlich, dass meine Anmerkungen angesichts des Umfangs und der Komplexität dieses Themas eklektizistisch bleiben müssen. Eine Auseinandersetzung mit der in dieser Entwicklung erkennbar werdenden Problematik wird uns bzw. den nachwachsenden Wissenschaftlergenerationen nicht erspart bleiben.

Ein Hauptzug dieser Entwicklung besteht darin, dass im Anschluss an und angeregt durch die Rezeption der angelsächsischen ökonomischen Theorie auch die deutsche ökonomische Theorie formalisiert und mathematisiert wurde. Den Vorzügen dieser Formalisierung, nämlich der Schulung abstrakten, systematischen, logischen Denkens und der Möglichkeit, in Modellen mit außerordentlich vielen Variablen Volkswirtschaften nachzubilden und makroökonomische Abläufe zu simulieren, stehen als Nach-

teile gegenüber: ein Verlust an Anschaulichkeit, an Realitätsnähe und ein Verzicht auf die Einbeziehung von nicht quantifizierbaren Determinanten wirtschaftlichen Geschehens. Bruno S. Frey meint: „Die Volkswirtschaftslehre entwickelt sich immer stärker zu einer Analyse formaler und selbst-definierter Probleme. ... Ein Anspruch auf wirtschaftspolitische Relevanz wird erst gar nicht erhoben“<sup>47</sup>.

In Verbindung mit dem methodologischen Individualismus, der sich mehr und mehr durchgesetzt hat und davon ausgeht, dass sich soziale Phänomene letztlich nur vom Denken und Handeln des Individuums her klären lassen, und der unterstellt, dass alle Individuen als *homines oeconomici* handeln, die das Ziel der Nutzen- und Gewinnmaximierung verfolgen<sup>48</sup>, „eliminiert die reine Ökonomik ... die ethische Dimension aus der Problematik vernünftiger sozialer Praxis und reduziert diese auf die interpersonelle Abstimmung privater, jeglicher ethik-kritischer Hinterfragung in utilitaristischer Tradition von vorneherein entzogener Präferenzen“<sup>49</sup>. Die strikt eigeninteressierten Individuen kennen keinen Gemeinsinn und folglich auch keine anderen zwischenmenschlichen Verbindlichkeiten als geschäftliche. Der methodologische Individualismus führt in Verbindung mit dem übersteigerten Individualismus unserer Gegenwart, der die soziale Natur des Menschen verkennt und übersieht, dass – wie Dieter Suhr herausgearbeitet hat<sup>50</sup> – Entfaltung der Menschen Entfaltung durch die Menschen ist, zu einer Vernachlässigung der Bedürfnisse der Gesellschaft und der Gemeinschaft sowie öffentlicher Belange.

Bereits 1955 warnte Edgar Salin vor einem Verlust an Menschlichkeit der Theorie und meinte: „... wenn ich heute feststellen muß, welch blutleere, rein rationale Gedankenarbeit den Anfängern vielfach zugemutet wird ..., so will mir scheinen, dass die bessere gedankliche Durchdringung von heute vielleicht allzu teuer mit einem Verlust an Menschlichkeit erkaufte wird“<sup>51</sup>.

Auch William Kapp hat sich 1967 zum Problem der Enthumanisierung der reinen Theorie geäußert: „Wer die Präzision der mathematischen Gleichung in Anlehnung an die Mechanik zum Pro-

totyp der wissenschaftlichen Aussage erhebt, wird in den Sozialwissenschaften in zunehmendem Maße gezwungen, Abläufe und Beziehungen zu untersuchen, ohne ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge in Betracht zu ziehen ... Was in Frage steht, ist die Art und Weise, in der gewisse Teile der Wirtschaftstheorie von den konkreten Interessen und Bedürfnissen der Menschen und den gesellschaftlichen Erfordernissen unter dem Einfluss des positivistischen Wissenschaftsideals abstrahiert haben“<sup>52</sup>. Es ist übrigens William Kapp gewesen, der 1950 in seiner Arbeit „The Social Costs of Enterprise“ auf die volkswirtschaftlichen Kosten der Marktwirtschaft aufmerksam gemacht und letztlich einen wesentlichen Anstoß zur Entwicklung der Umweltökonomie gegeben hat.

Die skizzierte Entwicklung der jüngeren Theorie hat zu einem Verlust an wirtschaftsethischer Substanz der Ökonomik geführt. Während die Klassiker der Nationalökonomie in Gestalt der aus der Moralphilosophie hervorgegangenen Politischen Ökonomie noch eine an ethische Kategorien gebundene ökonomische Theorie entwickelt hatten, klammert die auf die systemische Funktionslogik und den ökonomischen Rationalismus spezialisierte neoklassische Ökonomik sozialökonomische Problemlagen aus.<sup>53</sup> Erst in den 80er Jahren setzte eine wirtschaftsethische Neubestimmung ein, die jedoch in Gestalt einer in der normativen Ökonomik implizierten Wirtschaftsethik, wie Karl Homann sie entwickelt hat<sup>54</sup>, und als angewandte Wirtschaftsethik, wie Peter Koslowski<sup>55</sup> sie vertritt, unzulänglich bleibt, weil beide Ansätze darauf verzichten, den normativen Gehalt der ökonomischen Rationalität ethik-kritisch zu hinterfragen und neu zu definieren, d. h. orientiert an den Bedingungen einer lebensdienlichen Ökonomie, insbesondere an den Voraussetzungen einer Erweiterung der Entfaltungsmöglichkeiten aller Bürger und einer Sicherung der Bürgerrechte, wie Peter Ulrich dies in seiner integrativen Wirtschaftsethik versucht<sup>56</sup>. Eine solche Neubestimmung ist nötig, weil die Wirtschaft aus sich heraus nur soziale Mindestnormen entwickelt, die für die Sicherung wirtschaftlicher Effizienz notwendig erscheinen, und keine Normen in der Art und in dem Umfang, wie nichtwirtschaftliche Bedürfnisse der Gesellschaft, z. B. das Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, es erfordern.

Ein zweiter Entwicklungstrend in der deutschsprachigen ökonomischen Theorie besteht darin, dass sie sich zunehmend an der angelsächsischen, insbesondere U.S.-amerikanischen Ökonomik orientiert. Junge Wissenschaftler publizieren in steigender Zahl in englischer Sprache. Einige deutsche Zeitschriften veröffentlichen nur noch englischsprachige Artikel. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist sicher davon auszugehen, dass sich deutsche Kollegen nur noch internationale Beachtung sichern können, wenn sie in Englisch publizieren. Es stellt sich aber auch die Frage nach negativen Folgen. Sie können sich daraus ergeben, dass nicht nur die angelsächsischen Sprachen, sondern auch die Methodologie und die Substanz der angelsächsischen Theorie übernommen werden. Dies lässt befürchten, dass spezifische Vorzüge deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Arbeit noch mehr vernachlässigt werden, als das sowieso schon der Fall ist, nämlich die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Orientierung, die dogmenhistorische Anbindung<sup>57</sup>, die sozialökonomische Ausrichtung und die Orientierung an der europäischen, insbesondere aber der deutschen Sozial- und Institutionenkultur.

Ich möchte betonen, dass ich diese Gefahr nicht für die bei uns in Augsburg ausgebildeten jungen Kollegen sehe. Sie kennen sich zwar in der formalen Theorie aus und arbeiten mit mathematischen und ökonometrischen Methoden – besser als wir das konnten. Aber sie arbeiten auch realitätsorientiert empirisch und vermögen, die wirtschaftliche, aber auch die soziale Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens zu erkennen und zu berücksichtigen.

## V.

Abschließend möchte ich eine kurze Bilanz meiner Tätigkeit in Augsburg ziehen. Das Fazit: ich habe es zu keinem Zeitpunkt bereut, Mitglied dieser Universität geworden zu sein. Die Belastung durch die Lehre und die administrativen Verpflichtungen hielten sich in Grenzen, so dass ausreichend Zeit für Forschung, Veröffentlichungen und gelegentliche Politikberatung blieb. Natürlich war die Atmosphäre in der Fakultät auch durch sachliche Gegensätze geprägt. Wir haben sie aber ganz überwiegend fair ausgetragen.

Mit Genugtuung erfüllt mich, dass es uns gelungen ist, durch unsere Lehrtätigkeit, nicht zuletzt aber unter anderem auch durch die Etablierung einer DFG-geförderten Forschergruppe, durch die Begründung der Augsburger Konjunkturgespräche, durch die Ottobeurer Seminare, deren Mitbegründer und Mitorganisator Bernhard Gahlen war, durch die Gründung des INIFES (Internationales Institut für empirische Sozialforschung) durch Martin und Anita Pfaff und die von Horst Hanusch initiierte Gründung der „Schumpeter-Gesellschaft“ das Ansehen des Instituts für Volkswirtschaftslehre und wohl auch das der Fakultät in der Region, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen anderer Universitäten zu mehren.

Bei der mit der Wiederbesetzung meines Lehrstuhls verbundenen Umwidmung des Spezialgebietes von der Sozial- zur Umweltpolitik haben erfreulicherweise Fakultät und Senat dafür gesorgt, dass die Sozialpolitik weiterhin als Studienfach angeboten wird. Dennoch sollten Lehrstuhlumwidmungen nicht isoliert an einzelnen Universitäten beschlossen, sondern überregional abgestimmt werden, weil die Kumulation isoliert richtig erscheinender Umwidmungen im Saldo negative Effekte haben kann. In Bayern z. B. wurden in den letzten Jahren auch die Lehrstühle für Sozialpolitik in Erlangen-Nürnberg, in Bamberg und in Regensburg umgewidmet.

Die damit verbundene Reduzierung der Lehr- und Forschungstätigkeit im Fach Sozialpolitik ist besonders verhängnisvoll in einer Zeit, in der der Bedarf an sozialpolitischer Lehre und Forschung und vor allem auch der Bedarf an sozialpolitisch vorgebildeten Akademikern und an sozialpolitischer Beratung der Politik nicht geringer, sondern größer wird. Ursachen hierfür sind die Unausweichlichkeit eines gesellschafts- und wirtschaftssystemadäquaten Umbaus des Sozialstaates, die Bekämpfung und Überwindung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit weiterer, langfristig angelegter Reformen des Kranken- und des Rentenversicherungssystems und die Lösung der mit den internationalen Wanderungen zusammenhängenden sozialen Probleme, um nur die wichtigsten Gründe des steigenden Lehr-, Forschungs- und Beratungsbedarfs zu nennen. Auch die Notwen-

digkeit, die soziale Entwicklung in der Europäischen Union politisch zu gestalten, erfordert nicht weniger, sondern mehr sozialpolitikwissenschaftliche und sozioökonomische Lehr- und Forschungskapazität, d. h. das Gegenteil dessen, was die für die Bayerische Hochschulpolitik Verantwortlichen für richtig halten.

Abschließend noch einige Worte des Dankes. Eine vollständige und detaillierte Danksagung würde den gesetzten Zeitrahmen sprengen. Meine Dankbarkeit gebührt Anita Pfaff und vielen Kollegen in der Fakultät, die durch praktizierte Kollegialität und erkennbare Sympathien mich immer wieder motiviert und die Arbeit zur Freude haben werden lassen. Zu danken habe ich auch nicht wenigen Kollegen außerhalb der Wiso-Fakultät, mit denen ich in Gremien der Universität zusammengearbeitet habe. Stellvertretend für viele möchte ich Anton Rauscher, Josef Becker und Wilhelm Dütz nennen. Dankbar gedenke ich auch der Zusammenarbeit mit und der Zuarbeit von wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Danken möchte ich aber auch vielen Studentinnen und Studenten, die mir durch die Art und Weise ihrer Mitarbeit in den Veranstaltungen, manchmal auch durch spontane Äußerungen signalisierten, dass meine und meiner Mitarbeiter Bemühungen auf fruchtbaren Boden fielen. Schließlich danke ich Ihnen allen, dass Sie mir die Ehre erwiesen haben, am heutigen akademischen Festakt teilzunehmen.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. dazu Werner Ehrlicher, in: Weippert 1966, S. 7.

<sup>2</sup> Abgedruckt in Weippert 1967.

<sup>3</sup> Vgl. zu den Einzelheiten Lampert 1997, S. 79 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Herzog 1980.

<sup>5</sup> Vgl. Stern 1987.

<sup>6</sup> Vgl. Zacher 1993.

<sup>7</sup> Vgl. zu den Gefahren dieser Entwicklung sowie zur Notwendigkeit und den Möglichkeiten einer Sozialstaatsreform Lampert 1999.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Perridon 1980. Vgl. auch die ausführliche Darstellung der Gründungsgeschichte der Universität Augsburg, in: Universität Augsburg, Jahresbericht 1970 – 1972, Tätigkeitsbericht des Präsidenten.

<sup>9</sup> Empfehlungen zu Struktur und Studienprogramm der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Hochschule Augsburg, Manuskript, S. 5 und S. 7. Vorgesehen waren 10 Lehrstühle für Wirtschaftswissenschaften; 4 Lehrstühle für Soziologie mit besonderer Berücksichtigung der Organisations- und Führungssoziologie sowie der politischen Soziologie; 3 Lehrstühle für Psychologie mit besonderer Berücksichtigung der Persönlichkeits- und der pädagogischen Psychologie, der Sozialpsychologie und der Wirtschaftspsychologie; 2 Lehrstühle für wirtschaftswichtige Rechtsgebiete; 2 Lehrstühle für Statistik und Kybernetik und ihre Anwendung und 1 Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsphilosophie.

<sup>10</sup> Vgl. zu diesem Problemkreis die ausführliche Darstellung bei Schmid 1990, S. 60 ff. und McKenzie/Tullock 1984.

<sup>11</sup> Allerdings gibt es bereits Bemühungen, auch eine Ökonomik der Religion zu begründen. Vgl. dazu Iannaccone 1998.

<sup>12</sup> Auch die Anfänge einer „Ökonomik der Ökonomik“ zeichnen sich bereits ab. Vgl. dazu Frey 2000.

<sup>13</sup> Galbraith 1992, S. 113 – 115.

<sup>14</sup> Z.B. geht eine Theorie der Sozialpolitik über eine ökonomische Theorie der Sozialpolitik weit hinaus. Eine umfassende Theorie der Sozialpolitik aber bedarf der Zusammenführung wirtschaftswissenschaftlicher, politologischer, soziologischer, verwaltungswissenschaftlicher und anderer sozialpolitisch relevanter Forschungsergebnisse. Vgl. dazu Lampert 1992a.

<sup>15</sup> Evaluierungsbericht 1999, S. 118.

<sup>16</sup> Evaluierungsbericht 1999, S. 118.

<sup>17</sup> Evaluierungsbericht 1999, S. 118.

<sup>18</sup> Ulrich 2000, S. 1f.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die ausführliche Darstellung der Problematik bei Lampert 1999, S. 20 ff. und die dort angegebene Literatur.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Analyse des Globalisierungsprozesses durch Blum 1999.

<sup>21</sup> Blum 2000, S. 256.

<sup>22</sup> Johnson 2000, insbesondere S. 235 ff.

<sup>23</sup> Vgl. dazu Hartmann 1998, S. 38 und Lampert 1998b.

<sup>24</sup> Kommission für Zukunftsfragen 1997.

<sup>25</sup> Vgl. dazu nur Kistler/Schönwälder 1998, Klammer/Bäcker 1998, Krupp 1998, Offe/Fuchs 1998, Wagner 1998, Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (Hg.), o.J.

<sup>26</sup> Vgl. dazu von Beckerath/Giersch/Lampert 1963 (Hg.), S. 601 ff.

<sup>27</sup> Gutowski/ Merklein 1985, S. 49 ff.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Lampert 1998a.

<sup>29</sup> Vgl. Lampert/ Bossert 1987, S. 109 ff. 4. Vgl. auch die Kritik von Oswald von Nell-Breuning, in: Stimmen der Zeit 1986, S. 214.

<sup>30</sup> Einer der prominentesten ordoliberalen Ökonomen, Christian Watrin, behauptet in einer vom Institut der Deutschen Wirtschaft und Vertretern der christlichen Kirchen verantworteten Publikation, die unter dem Titel „Der Gesellschaft verpflichtet“ (Hg. B. Bocklet u.a., Köln 1994, S. 102 ff.) erschien: „Die sozialstaatliche Komponente hat in Ländern wie Schweden, das lange Zeit als Muster-Wohlfahrtsstaat galt, aber auch in Deutschland und vielen anderen Ländern ein solches Übergewicht erlangt, dass nur noch drastische Schnitte in die staatlichen Sicherungssysteme und eine grundlegende Umgestaltung der Sozialpolitik Aussicht darauf eröffnen, dass die Grundkonstruktion der Wirtschaftsordnung, eben die Kombination von sozialer Sicherheit und marktwirtschaftlichem Wettbewerb, weiter tragfähig bleibt.“ Ich halte diese Äußerung für eine überzeugene Fundamentalkritik an unserem System sozialer Sicherung. Sie beruht auf der These, dass das, was als Sozialstaatskrise bezeichnet wird, eine durch den Sozialstaat verursachte Krise sei.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die ausführliche Darstellung dieser Problematik bei Lampert 1997, S. 55 ff.

<sup>32</sup> Vgl. zur sozialen Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens Lampert 1992b und zu einer kritischen Analyse der Neoklassik Etzioni 1996, der zeigt, dass die neoklassische Methode, die Wirtschaft als isoliertes, in sich geschlossenes System zu betrachten, unzulänglich ist, weil die Wirtschaft ein Subsystem der viel umfassenderen Gesellschaft, eines Staatswesens und einer Kultur ist. Vgl. auch die Morphologie der Wirtschaftssysteme bei Seraphim 1955, S. 134 f.

<sup>33</sup> Vgl. dazu auch Prantl 1999, S. 144 f.: „Gerhard Schröder geriert sich als neues Mitglied der Glaubensgemeinschaft der Ökonomen. Er kokettiert mit deren Jargon, er tut so, als wäre er bekennendes Mitglied. ... Im Schröder-Blair-Papier hat er eine Art Glaubensbekenntnis abgelegt und darin gleichzeitig den vermeintlichen SPD-Sünden der Vergangenheit abgeschworen. ... Das, was den Sozialdemokraten heilig war, gilt nun als unmodern. ... Die SPD-Botschaft von gestern gilt jetzt als Verirrung. ...

‘Sozialmafia’ – diese perfide Wortschöpfung des Jahres 1999, die Sozialpolitiker diskreditieren soll, wird nun auch in der SPD gern aufgegriffen. ... Zu viel Sozialstaat, so heißt es nun sogar in der SPD, gefährdet den Sozialstaat. Zu viel soziale Gerechtigkeit, so heißt es auch, gefährde die soziale Gerechtigkeit. Und zu viel Solidarität, so heißt es schließlich, gefährde die Solidarität. Also soll künftig offenbar weniger Sozialstaat mehr Sozialstaat, weniger soziale Gerechtigkeit mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Solidarität mehr Solidarität bringen“.

<sup>34</sup> Eucken 1952, S. 1.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 313.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 323.

<sup>37</sup> N. Piper, Macht, Ordnung und Freiheit, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. März 2000, S. 4.

<sup>38</sup> Vgl. dazu ausführlich Lampert 1992b.

<sup>39</sup> Vgl. dazu den Vortrag von J. E. Stiglitz vom 03.02.1998 in Nürnberg anlässlich der Verleihung des Horst-Claus-Recktenwald-Preises (wird in den Erlangen-Nürnberger Universitätsreden veröffentlicht werden). Vgl. auch Jahresbericht der Weltbank 1997: The State in a changing World, Washington 1997.

<sup>40</sup> Dahrendorf 1996, S. 16 f.

<sup>41</sup> Zitiert nach S. Hauser, C. Paulus, Grundlegende Aspekte einer Sozialpolitik unter theoretischen Aspekten und im Kontext der Globalisierung, in: R. Lüdeke, W. Steden (Hg.), Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Verteilungs-, Geld- und Finanzpolitik. Festschrift für Alois Oberhauser zum 70. Geburtstag, Berlin 2000, S. 235.

<sup>42</sup> Er meint, dass der aufgeklärte Liberalismus, wie er von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow vertreten worden ist, in den 70er Jahren demontiert wurde und dass der „neue“, deformierte Neoliberalismus mit einem fragwürdigen Absolutheitsanspruch auftritt. „Der Absolutheitsanspruch, mit dem dieser deformierte 'Neoliberalismus' auftritt, entfremdet ihn von seinen Idealen. Seine Blindheit gegenüber seinen eigenen Gesetzen schwächt und diskreditiert den Liberalismus im ganzen. Die neoliberale Verheißung wird zum Verhängnis der Gesellschaft. Ein wirtschaftspolitisches Muster, das die Komplexität der Welt auf bloße marktliche Interaktionslogik reduziert, das jenseits von Angebot und Nachfrage keine Diagnose und keine Therapie kennt, erstarrt zum selbstgefälligen Dogma. Es wird zur Ursache für die wirtschaftliche Krise, die sozialen Spannungen und die ökologischen Versäumnisse.“ Maier-Rigaud 1998.

<sup>43</sup> Möglicherweise ist auch eine Ursache dieser Entwicklung die Tatsache, dass durch die Globalisierung, wie Reich (1997, S. 282) es formuliert, die Abhängigkeit des meist begünstigten Fünftels der Gesellschaft von der Mehrheit der Bevölkerung geringer geworden ist.

<sup>44</sup> Hartmann 1998, S. 37 f. Ursprüngliche Quelle der Äußerung von Hayeks ist F. von Hayek, *Wissenschaft und Sozialismus*, Tübingen 1979, S. 16.

<sup>45</sup> Hartmann berichtete übrigens in seinem brillanten Festvortrag anlässlich des 65. Geburtstages von Reinhard Blum, er sei bei einem Vortrag Hayeks von diesem beeindruckt gewesen als dem Phänotypus eines pensionierten Colonel der britischen Kolonialtruppen mit einer Mentalität John Waynes, der steifhütig und erhobenen Hauptes über den Marktplatz schreitet und seine Gegner aus der Hüfte erledigt.

<sup>46</sup> Vgl. zur Kritik dieser Auffassung Ulrich 1998, passim, insbesondere S. 173 ff.

<sup>47</sup> Frey 2000, S. 26 f. Vgl. zu dieser Problematik auch Rothschild 1988 und die Beschreibung der U.S.-amerikanischen Wirtschaftstheorie bei Johnson 2000, S. 235 ff.

<sup>48</sup> Vgl. zur Problematik dieser Modellfigur Biervert/Held (Hg.) 1991.

<sup>49</sup> Ulrich 1998, S. 187 f.

<sup>50</sup> Suhr 1976.

<sup>51</sup> Salin 1955, S. 216.

<sup>52</sup> Kapp 1967, S. 308 und 312.

<sup>53</sup> Vgl. dazu auch Rothschild 1987.

<sup>54</sup> Homann 1988 und Homann/Blome-Drees 1992

<sup>55</sup> Koslowski 1988.

<sup>56</sup> Ulrich 1998.

<sup>57</sup> Es ist ein bedauerliches Charakteristikum der jüngeren Entwicklung, dass viele Autoren nicht mehr nach Arbeiten fragen und suchen, die es zu der von ihnen behandelten Thematik bereits gibt. Ein Paradebeispiel liegt in der Tatsache, dass zahlreiche Autoren von Theorien der Wirtschaftspolitik die ausgezeichnete „Allgemeine Theorie der Volkswirtschaftspolitik“ von Hans-Jürgen Seraphim, Göttingen 1955, überhaupt nicht mehr zitieren. Seraphim hat die soziale und die kulturelle Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens in sein analytisches Konzept der „Wirtschaftlichen Grundgestalten“ einbezogen. Dieses Instrument ist dem der Wirtschaftsordnungen von Walter Eucken eindeutig überlegen. Beispiele für eine Vernachlässigung von Seraphim sind B. S. Frey, *Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik*, München 1981; R. Klump, *Einführung in die Wirtschaftspolitik. Theoretische Grundlagen und Anwendungsbeispiele*, München 1989; B. Molitor, *Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl., München 1990; M. Streit, *Theorie der Wirtschaftspolitik*, 4. Aufl., Düsseldorf 1991; J. Altmann, *Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung*, 6. Aufl., Stuttgart 1995; H.J. Ahrns, H.D. Feser, *Wirtschaftspolitik. Problemorientierte Einführung*, 7. Aufl., München 1997.

## Literatur

- v. Beckerath, E., Giersch, H., Lampert, H (Hg.), 1963 Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, N.F. Bd. 29, Berlin
- Biervert, B., Held, M. (Hg.), 1991, Das Menschenbild der ökonomischen Theorie. Zur Natur des Menschen, Frankfurt, New York
- Blum, R., 1984, Mehr Markt: Problemlösung oder Flucht aus der politischen Verantwortung, in: R. Blum und M. Steiner (Hg.), Aktuelle Probleme der Marktwirtschaft in gesamt- und einzelwirtschaftlicher Sicht, Festgabe zum 65. Geburtstag von Louis Perridon, Berlin, S. 13 ff.
- Blum, R., 1994, Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik in der Marktwirtschaft, in: H. Sautter (Hg.), Wirtschaftspolitik in offenen Volkswirtschaften, Festschrift für Helmut Hesse zum 60. Geburtstag, Göttingen, S. 365 ff.
- Blum, R., 1999, Globalisierung – Unsichtbare Hand oder globale Koalitionen, in: Ifo-Studien 4/1999, S. 25 ff.
- Blum, R., 2000, Vision eines Meeres von Geld? In: *Forschung und Lehre* 5/2000, S. 254 ff.
- Eucken, W., 1952, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern u. Tübingen
- Evaluierungsbericht, 1999, Wirtschaftswissenschaften an den Bayerischen Universitäten
- Frey, B. S., 2000, Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre? In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik. Eine Zeitschrift des Vereins für Sozialpolitik*, S. 5ff.
- Galbraith, J. K., 1992, Die Herrschaft der Bankrotteure, Hamburg
- Gutowski, A., Merklein, R., 1985, Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 49 ff.
- Hartmann, H. A., 1998, Wirtschaft und Werte – eine menschheitsgeschichtliche Mésalliance, in: *Augsburger Universitätsreden* 37, Augsburg, S. 29 ff.
- Herzog, R., 1980, Die Verfassungsentscheidung für die Sozialstaatlichkeit, in: Maunz-Dürig, *Kommentar zum Grundgesetz*, Art. 20 VIII
- Homann, K., 1988, Die Rolle ökonomischer Überlegungen in der Grundlegung der Ethik, in: H. Hesse (Hg.), *Wirtschaftswissenschaft und Ethik*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 171, Berlin, S. 215 ff.
- Iannaccone, L. R., 1998, Introduction to the Economics of Religion, in: *Journal of Economic Literature*, S. 1465 ff.
- Homann, K., Blome-Drees, F., 1992, *Wirtschafts- und Unternehmensethik*, Göttingen



- Johnson, Ch., 2000, Ein Imperium verfällt. Wann endet das amerikanische Jahrhundert? München
- Kapp, W., 1967, Zum Problem der Enthumansierung der „reinen Theorie“ und der gesellschaftlichen Realität, in: *Kyklos* 1967, S. 307 ff.
- Kistler, E., Schönwälder, Th., 1998, Eliten und Heloten, herrschen und dienen, in: *Soziale Sicherheit*, S. 121 ff.
- Klammer, U., Bäcker, G., 1998, Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission, in: *WSI Mitteilungen*, S. 359 ff.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997, *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, Bonn
- Koslowski, P., 1988, *Prinzipien der Ethischen Ökonomie*, Tübingen
- Krupp, H.-J., 1998, Zurück in die Zukunft. Resignatives Denken, radikal gewendet, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 306 ff.
- Lampert, H., 1992a, Leistungen und Grenzen der 'Ökonomischen Theorie der Sozialpolitik', in: Ph. Herder-Dorneich, J. Zerche, W. W. Engelhardt, *Sozialpolitiklehre als Prozeß*, Baden-Baden, S. 115 ff.
- Lampert, H., 1992b, Die soziale Dimension gesellschaftlichen Wirtschaftens, in: A. Rauscher (Hg.), *Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche*, Donauwörth, S. 123 ff.
- Lampert, H., 1992c, Freiheit als Ziel der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: H. Lampert (Hg.), *Freiheit als zentraler Grundwert demokratischer Gesellschaften*, St. Ottilien, S. 19 ff.
- Lampert, H., 1997, *Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland*, 13. Aufl., München
- Lampert, H., 1998a, Wohlstand für alle. Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft, in: *Haus der Geschichte* (Hg.), *NachDenken über Ludwig Erhard*, Berlin
- Lampert, H., 1998b, Zur Problematik gesellschaftlicher Ansprüche an Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: H. Hesse, P. Welzel (Hg.), *Wirtschaftspolitik zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und ökonomischen Grenzen*. Festschrift für Reinhard Blum zum 65. Geburtstag, Göttingen, S. 3 ff.
- Lampert, H., 1998c, *Lehrbuch der Sozialpolitik*, 5. Aufl., Berlin u. a.
- Lampert, H., 1999, Der Sozialstaat – seine Entwicklung und seine Zukunft, in: S. Lamnek, J. Luedtke (Hg.), *Der Sozialstaat zwischen ‚Markt‘ und ‚Hedonismus‘?*, Opladen, S. 51 ff.
- Lampert, H., Bossert, A., 1987, Die Soziale Marktwirtschaft – eine theoretisch unzulänglich fundierte ordnungspolitische Konzeption? in: *Ham-burger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 109 ff.

- McKenzie, R. B., Tullock, G., *Homo oeconomicus. Ökonomische Dimensionen des Alltags*, Frankfurt/New York 1984
- Maier-Rigaud, G., 1998, Folgen des „Neoliberalismus“ für Beschäftigung und Umwelt, in: *Walter Eucken Institut* (Hg.), *Zukunftsfähigkeit durch Wettbewerb – Gesellschaftlicher Wandel, Politik und Umweltschutz*, Baden-Baden
- Offe, C., Fuchs, S., 1998, Zurück in die Zukunft. Wie schöpferisch ist die Zerstörung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 295 ff.
- Perridon, L., 1980, Die WISO-Fakultät: Träume und Wirklichkeit, in: *Universität Augsburg 1970 – 1980*, S. 175 ff.
- Prantl, H., 1999, *Rot-Grün. Eine erste Bilanz*, Hamburg
- Reich, R. B., 1997, *Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie*, Frankfurt am Main
- Rothschild, K. W., 1987, Theorie und Ethik in der Entwicklung ökonomischer Lehrmeinungen, in: B. Biervert, M. Held (Hg.), *Ökonomische Theorie und Ethik*, Frankfurt, New York, S. 11 ff.
- Rothschild, K. W., 1988, Politische Ökonomie oder „Economics“? Einige terminologische und normative Betrachtungen, in: W. Vogt (Hg.) *Politische Ökonomie heute*, Regensburg, S. 9 ff.
- Salin, E., *Politische Ökonomie – heute*, in: *Kyklos* 1955, S. 216 ff.
- Schmid, M., 1990, Was ist und zu welchem Ende betreiben wir Sozioökonomie, in: *Augsburger Beiträge zu Organisationspsychologie und Personalwesen*, Heft 11, S. 44 ff.
- *Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen* (Hg.) o.J., *Die Sackgassen der Zukunftskommission. Streitschrift wider die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen*
- Seraphim, H. J., 1955, *Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik*, Göttingen
- Stern, K., 1987, Art. Sozialstaat, in: Roman Herzog u. a. (Hg.), *Evangelisches Staatslexikon*, 3. Aufl., Stuttgart, Sp. 3269 ff.
- Suhr, D., 1976, Entfaltung der Menschen durch die Menschen: zur Grundrechtsdogmatik der Persönlichkeitsentfaltung, der Ausübungsgemeinschaften und des Eigentums, Berlin
- Ulrich, P., 1998, *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, 2. Aufl., Bern u. a.
- Wagner, G., 1998, Zurück in die Zukunft. Soziale Abenteuer als Pseudoalternative, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, S. 300 ff.
- Weippert, G., 1966, *Sozialwissenschaft und Wirklichkeit*, Göttingen
- Weippert, G., 1967, *Wirtschaftslehre als Kulturtheorie*, Göttingen
- Zacher, H., 1993, Das soziale Staatsziel, in: B. Baron von Maydell, E. Eichenhofer (Hg.), *Abhandlungen zum Sozialrecht*, Heidelberg, S. 3 ff.

# Augsburger Universitätsreden

## Gesamtverzeichnis

- 1 • Helmuth Kittel:** 50 Jahre Religionspädagogik – Erlebnisse und Erfahrungen. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät I am 22. Juni 1983, Augsburg 1983
- 2 • Helmut Zeddies:** Luther, Staat und Kirche. Das Lutherjahr 1983 in der DDR, Augsburg 1984
- 3 • Hochschulpolitik und Wissenschaftskonzeption bei der Gründung der Universität Augsburg.** Ansprachen anlässlich der Feier des 65. Geburtstages des Augsburger Gründungspräsidenten Prof. Dr. Louis Perri-don am 25. Januar 1984, Augsburg 1984
- 4 • Bruno Bushart:** Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät II am 7. Dezember 1983, Augsburg 1985
- 5 • Ruggero J. Aldisert:** Grenzzlinien: Die Schranken zulässiger richterlicher Rechtsschöpfung in Amerika. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Juristische Fakultät am 7. November 1984, Augsburg 1985
- 6 • Kanada-Studien in Augsburg.** Vorträge und Ansprachen anlässlich der Eröffnung des Instituts für Kanada-Studien am 4. Dezember 1985, Augsburg 1986
- 7 • Theodor Eschenburg:** Anfänge der Politikwissenschaft und des Schulfaches Politik in Deutschland seit 1945. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät I am 16. Juli 1985, Augsburg 1986
- 8 • Lothar Collatz:** Geometrische Ornamente. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Naturwissenschaftliche Fakultät am 12. November 1985, Augsburg 1986
- 9 • in memoriam Jürgen Schäfer.** Ansprachen anlässlich der Trauerfeier für Prof. Dr. Jürgen Schäfer am 4. Juni 1986, Augsburg 1986

**10 • Franz Klein:** Unstetes Steuerrecht – Unternehmerdisposition im Spannungsfeld von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Vortrag und Ansprachen anlässlich des Besuchs des Präsidenten des Bundesfinanzhofs am 9. Dezember 1985, Augsburg 1987

**11 • Paul Raabe:** Die Bibliothek und die alten Bücher. Über das Erhalten, Erschließen und Erforschen historischer Bestände, Augsburg 1988

**12 • Hans Maier:** Vertrauen als politische Kategorie. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät I am 7. Juni 1988, Augsburg 1988

**13 • Walther L. Bernecker:** Schmuggel. Illegale Handelspraktiken im Mexiko des 19. Jahrhunderts. Festvortrag anlässlich der zweiten Verleihung des Augsburger Universitätspreises für Spanien- und Lateinamerikastudien am 17. Mai 1988, Augsburg 1988

**14 • Karl Böck:** Die Änderung des Bayerischen Konkordats von 1968. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Katholisch-Theologische Fakultät am 17. Februar 1989, Augsburg 1989

**15 • Hans Vilmar Geppert:** „Perfect Perfect“. Das kodierte Kind in Werbung und Kurzgeschichte. Vortrag anlässlich des Augsburger Mansfield-Symposiums im Juni 1988 zum 100. Geburtstag von Katherine Mansfield, Augsburg 1989

**16 • Jean-Marie Cardinal Lustiger:** Die Neuheit Christi und die Postmoderne. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Katholisch-Theologische Fakultät am 17. November 1989, Augsburg 1990

**17 • Klaus Mainzer:** Aufgaben und Ziele der Wissenschaftsphilosophie. Vortrag anlässlich der Eröffnung des Instituts für Philosophie am 20. November 1989, Augsburg 1990

**18 • Georges-Henri Soutou:** Deutsche Einheit – Europäische Einigung. Französische Perspektiven. Festvortrag anlässlich der 20-Jahr-Feier der Universität am 20. Juli 1990, Augsburg 1990

**19 • Josef Becker:** Deutsche Wege zur nationalen Einheit. Historisch-politische Überlegungen zum 3. Oktober 1990, Augsburg 1990

**20 • Louis Carlen:** Kaspar Jodok von Stockalper. Großunternehmer im 17. Jahrhundert, Augsburg 1991

**21 • Mircea Dinescu – Lyrik, Revolution und das neue Europa.** Ansprachen und Texte anlässlich der Verleihung der Akademischen Ehrenbürgerwürde der Universität Augsburg, hg. v. Ioan Constantinescu und Henning Krauß, Augsburg 1991

**22 • M. Immolata Wetter:** Maria Ward – Missverständnisse und Klärung. Vortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Katholisch-Theologische Fakultät am 19. Februar 1993, Augsburg 1993

**23 • Wirtschaft in Wissenschaft und Literatur.** Drei Perspektiven aus historischer und literaturwissenschaftlicher Sicht von Johannes Burkhardt, Helmut Koopmann und Henning Krauß, Augsburg 1993

**24 • Walther Busse von Colbe:** Managementkontrolle durch Rechnungslegungspflichten. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät am 12. Januar 1994, Augsburg 1994

**25 • John G. H. Halstead:** Kanadas Rolle in einer sich wandelnden Welt. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosoph. Fakultät I am 22. Februar 1994, Augsburg 1994

**26 • Christian Virchow:** Medizinhistorisches um den „Zauberberg“. „Das gläserne Angebinde“ und ein pneumologisches Nachspiel. Gastvortrag an der Universität Augsburg am 22. Juni 1992, Augsburg 1995

**27 • Jürgen Mittelstraß, Tilman Steiner:** Wissenschaft verstehen. Ein Dialog in der Reihe „Forum Wissenschaft“ am 8. Februar 1996 an der Universität Augsburg, Augsburg 1996

**28 • Jochen Brüning:** Wissenschaft und Öffentlichkeit. Festvortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrensensorenwürde der Universität Augsburg an Ministerialdirigenten a. D. Dietrich Bächler im Rahmen der Eröffnung der Tage der Forschung am 20. November 1995, Augsburg 1996

**29 • Harald Weinrich:** Ehrensache Höflichkeit. Vortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät II der Universität Augsburg am 11. Mai 1995, Augsburg 1996

**30 •** Leben und Werk von Friedrich G. Friedmann: Drei Vorträge von Prof. Dr. Manfred Hinz, Herbert Ammon und Dr. Adam Zak SJ im Rahmen eines Symposiums der Jüdischen Kulturwochen 1995 am 16. November 1995 an der Universität Augsburg, Augsburg 1997

**31 •** Erhard Blum: Der Lehrer im Judentum. Vortrag und Ansprachen zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Johannes Hampel bei einer Feierstunde am 12. Dezember 1995, Augsburg 1997

**32 •** Haruo Nishihara: Die Idee des Lebens im japanischen Strafrechtsdenken. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Juristische Fakultät der Universität Augsburg am 2. Juli 1996, Augsburg 1997

**33 •** Informatik an der Universität Augsburg. Vorträge und Ansprachen anlässlich der Eröffnung des Instituts für Informatik am 26. November 1996, Augsburg 1998

**34 •** Hans Albrecht Hartmann: „... und ich lache mit – und sterbe“. Eine lyrische Hommage à Harry Heine (1797–1856). Festvortrag am Tag der Universität 1997, Augsburg 1998

**35 •** Wilfried Bottke: Hochschulreform mit gutem Grund? Ein Diskussionsbeitrag, Augsburg 1998

**36 •** Nationale Grenzen können niemals Grenzen der Gerechtigkeit sein. Ansprachen und Reden anlässlich der erstmaligen Verleihung des Augsburger Wissenschaftspreises für Interkulturelle Studien, Augsburg, 1998

**37 •** Hans Albrecht Hartmann: Wirtschaft und Werte - eine menschengeschichtliche Mésaillance. Festvortrag und Ansprachen anlässlich der Feier zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Reinhard Blum am 3. November 1998, Augsburg 1998

**38 •** Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) als fachübergreifende Aufgabe. Ansprachen und Vorträge anlässlich der Eröffnung des Instituts für Interdisziplinäre Informatik am 27. November 1998, Augsburg 1999

**39 •** Jongleurinnen und Seiltänzerinnen. Ansprachen und Materialien zur Verleihung des Augsburger Wissenschaftspreises für Interkulturelle Studien 1999 an Dr. Encarnación Rodríguez, Augsburg 2000

**40 •** Wilfried Bottke: Was und wozu ist das Amt eines Rektors der Universität Augsburg? Rede aus Anlass der Amtsübernahme am 3. November 1999, Augsburg 2000

**41 •** Wirtschaftswissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung. Ansprachen und Vorträge anlässlich eines Symposiums zum 70. Geburtstag von Prof. em. Dr. Heinz Lampert am 11. Juli 2000, Augsburg 2001

ISSN 0939-7604